

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 5. Juni 1897.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der deutschen Metall- und Maschinen-Industrie II. - Zur Lage der Metallarbeiter in Ostfriesland II. - Höhe Verbandsbeiträge - dauernde gewerkschaftliche Erfolge. - Warum ist für die Arbeiterinnen die gewerkschaftliche Organisation besonders wichtig? - Feuilleton: Das Alter von Eisen und Kupfer. Die Fabrikation der Bogenlichtkohlen. - Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Bekanntmachung des Ausschusses. - Korrespondenzen. - Abrechnung der Agitationskommission für das Herzogthum Braunschweig und angrenzende Bezirke. - In die auf Grund der Arbeiter-versicherungsgeetze gewählten Arbeitervertreter im deutschen Reich! - Gerichtszeitung. - Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Formern und Gießereiarbeitern nach Dresden (Meurer) St., nach Falk a. Rh. (Stühlen), nach Leipzig-Lindenau, nach München, nach Hofenheim; von Metallarbeitern nach Forst St., nach Harburg (Schiffswerft von Holz), Nürnberg (H. Brunner, Metallwaarengeschäft); Schwabach (Stahlzugfabrik); von Metallrüdern nach Nürnberg (Betrieb II der vereinigten Pinselfabriken); von Klemptnern nach Bielefeld St., nach Frankfurt a. M. St., nach Heidelberg L., Speyer L.; von Fuß- und Wagenschmieden nach Karlsruhe i. Baden, Mannheim; von Schleifern nach Bielefeld (Bär u. Kempel); von Feilenhauern nach Helbert L.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L. heißt: Lohnbewegung; M. heißt: Aussperrung.)

Die Geschäftslage der deutschen Metall- und Maschinenindustrie.

II.

Bereits im ersten Artikel ist durch die Berichte von in- und ausländischen Märkten bargehen worden, daß die Maschinenindustrie, Eisengießereien und Kleinisenindustrie zwar etwas später als die Eisen- und Stahlindustrie zu Preiserhöhungen gelangten, was ja sehr einleuchtend ist, daß sie aber von dem allgemeinen Aufschwung nicht nur reichliche Aufträge, sondern eben doch auch erhöhte Preise für ihre Fabrikate profitiert haben. Sehr zutreffend ist auch darauf hingewiesen worden, daß bei dem Vorhandensein der vielen Konkurrenten in der Maschinenindustrie eben eine allgemeine Preiserhöhung viel schwerer durchführbar sei, als in der großen Eisen- und Stahlindustrie mit ihrer kleineren Zahl von Bergwerken, Hütten und Anlagen. Summieren ist hervorzuheben, daß sich die deutschen Maschinenfabrikanten unter der Führung des unermüdet bekannten Maßstabsführers Kühnemann in Berlin ja auch geeinigt haben und diese Einigkeit immer wieder auf's Neue bekräftigen gegen die Bestrebungen aller Art, welche die organisierte Arbeiterchaft verfolgt.

Wie sehr die Maschinenindustrie jedoch von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hat, haben wir bereits früher wiederholt nachgewiesen bei unseren vierteljährlichen Rundschauartikeln über die Geschäftslage und wollen wir auch in diesem Artikel nachweisen. Dabei sei bemerkt, daß unsere nachfolgende Darstellung sich nicht ausschließlich auf Geschäfte der Maschinenindustrie beschränkt, sondern sich auch auf andere, verwandte Unternehmungen erstreckt.

Der Anfang sei gemacht mit der Gesellschaft Heber Hütte und Peiner Walzwerk, welche ihre Robeisenproduktion erhöhte von 165 191 t in 1895 auf 171 357 t in 1896 und die des Walzwerkes von 146 728 auf 164 086 t. Der Bruttogewinn betrug 3398 724 M (1895: 2 057 676 M), der Reingewinn 2526 159 gegen 1322 052 M. Die Aktionäre erhielten eine Dividende von 53 1/3 Proz. gegen 28 Proz. in 1895. Diese Zahlen, welche ein mehr als glänzendes Geschäft ausdrücken, betreffen nur die Heber Hütte. Der Ueberschuß des Peiner Walzwerkes betrug 1246 120 gegen 773 301 M 1895, der zu Amortisations- und Abschreibungs-zwecken zc. verwendet

wurde. Die Lantienen (Gewinnanteile der Direktoren) und Remunerationen (Eringelder der Beamten zc.) wurden mit 166 331 (82 048) M ausgerechnet. Den lachenden Aktionären, für die es bei 53 1/3 Prozent Dividenden eine göttliche Lust zum Leben ist und die bei Champagner und Geflügel über die „Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeiter“ die in kapitalistischen Kreisen obligaten Schimpfereien loslassen werden, wird in Aussicht gestellt, daß bei fortwährend günstiger Geschäftslage der Ueberschuß 1897, also auch die Dividende, noch höher sein wird als für 1896. Die Generalversammlung hat die Erhöhung des Aktienkapitals der Hütte von 4 426 000 auf 6 640 000 Mark beschlossen.

Die Aktionäre der Arenberg'schen Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen a. d. Ruhr sind so glücklich wie ihre Kollegen von der Hütte. Sie erhielten 50 (1894: 40 Proz.) gleich 1 1/2 Millionen Mark aus einem Reingewinn von 1 842 998 M (1 382 661 M). Zu Lantienen wurden 52 000 M verwendet. Auch hier bietet das laufende Jahr die besten Aussichten.

32 gegen 24 Proz. in 1895 erhielten die Aktionäre der Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel u. Naumann in Dresden. Der Gewinn betrug 1 286 000 (1 040 000 M).

Se 25 Proz. Dividenden zahlen die Deutsche Schiffschiffelerei vorm. Fries u. Spitzinger in Schwetznfurt, die Fabrik für Nähmaschinen-Stahlapparate vormals Reichlich in Berlin (sie machte M 218 453 gegen 124 497 M in 1895 Gewinn) und die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Berlin-Karlruhe. Die Gesellschaft umfaßt die frühere Deutsche Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, die Löwe'sche Waffenfabrik in Martinitenfelde bei Berlin, die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf, Herstaller Waffenfabrik und Waffen- und Maschinenfabrik in Budapest. Von letzteren drei Stabiliments besitzt die Gesellschaft einen großen Theil der Aktien. Dagegen besitzt sie noch eine Fabrik in Grödingen (Baden). Ihr Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark. In Aufträgen hatte die Gesellschaft Ende des Jahres für 12 Millionen gegen 10 Mill. Mark Ende 1895. Die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Cie. in Berlin, welche die Macherin von der vorstehend behandelten Waffen- und Munitionsfabriken-Gesellschaft war, erzielte 1896 einen Gewinn von 3 730 691 (1895: 3 309 572 M), woraus die Aktionäre 1 800 000 M als Dividende von 24 Proz. (1895: 20 Proz.) erhielten. Zu Lantienen wurden 135 186 M verwendet. Die Direktion sagt in ihrem Berichte, daß der Maschinenbau in der Hollmannstraße reichlich beschäftigt war und die Gesellschaft ansehnliche Aufträge in das Jahr 1897 hinübergenommen hat. Da die alten Werkstätten in der Hollmannstraße nicht mehr ausreichen, hat die Gesellschaft die Errichtung einer neuen Maschinenfabrik im großen Maßstabe beschlossen, welche noch in diesem Jahre eröffnet werden soll. Diese Neubauten und Ausrüstungen erfordern einen Aufwand von etwa 6 Millionen Mark.

Die Sangerhauser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Hornung u. Rabe machte 392 776 M Gewinn und erstreute ihre Aktionäre mit einer Dividende von 22 1/2 Proz. Für das laufende Jahr ist die Fabrik bis zum Herbst reichlich beschäftigt, heißt es in dem Geschäftsbericht, da sie den Neubau dreier Zuckerraffinerien nebst vielen Umbauten in Auftrag hat. Das Aktienkapital wird von 1 1/4 Millionen auf 1 550 000 Mark erhöht. 21 Proz. Dividenden (17 Proz.) bei einem Reingewinn von 280 708 (211 826) M vertheilt an ihre Aktionäre die Gesellschaft Pöpphon-Musikwerke in Wahren bei Leipzig. Das Unternehmen liefert seine Produkte an die drei bedeutendsten Cigarren-Firmen in der mechanischen Musikwaarenbranche und ist ihm verträglich die Abnahme eines erheblichen Quantums

garantirt. Es wurde vom September bis zum Jahres-schlusse mit Ueberstunden gearbeitet und dennoch konnten die Aufträge der drei Abnehmer nicht ganz ausgeführt werden.

Se 20 Proz. Dividenden zahlen die Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopff u. Cie. in Bielefeld, sowie die Griener'sche Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Durlach. Erstere machte einen Gewinn von 1 188 981 (1895: 1 037 146) M und zahlte 1895 18 Proz.; die andere hatte einen Gewinn von 781 705 (697 580) Mark, zahlte 1895 22 Proz. Das Bielefelder Stabiliment beschäftigt über 3000 Arbeiter und bezeichnet die Geschäftsaussichten für 1897 als günstige und das Gleiche wird auch im Berichte des Durlacher Unternehmens gesagt, das sich mit der Erzeugung von Nähmaschinen, Fahrrädern, mit allgemeinem Maschinenbau, Gießerei und Nähmaschinenmodellfabrikation befaßt.

Se 16 Proz. Dividenden vertheilen die Württemberg. Metallwaarenfabrik in Geislingen (1895: 15 Proz.) von einem Nettogewinn von 660 339 (531 898) M; die Adler-Fahrradwerke vorm. Kleber in Frankfurt a. M. (1895: 15 Proz.) aus einem Gewinn von 949 843 M (676 544) M und die Bergwerksallien-gesellschaft Briesenbach bei Düsseldorf aus einem Gewinn von 1 056 083 M. Für das laufende Geschäftsjahr werden die Aussichten auf Grund des Standes der Ernte und der zur Zeit bestehenden Metallpreise als günstig bezeichnet.

Se 15 Proz. Dividenden vertheilen Blechwalzwerk Schulz-Knaubt Essen (1895: 12 1/2 Proz.) aus einem Gewinn von 1 247 743 (876 446) M; Eilmann'sche Wellblechfabrik und Verzinkerei in Remscheid; Düsseldorf. Röhren- und Eisenwalzwerke aus einem Reingewinn von 1 270 000 M (1895: 10 Proz.) und die Gesellschaft für Linde's Eismaschinen in Wiesbaden (10 Prozent) aus einem Reingewinn von 790 962 (415 926) M. Die Fabrik für Isolirleitungsrohre und Spezial-Installationsartikel für elektrische Anlagen, vorm. Bergmann u. Cie. in Berlin zahlt aus einem Gewinn von 400 593 M eine Dividende von 14 Proz. gleich 210 000 M. 13 Proz. zahlt die Bergbau-Aktiengesellschaft Konfordia zu Oberhausen gegen 7 1/2 Proz. in 1895 aus einem Gewinn von 1 409 000 (1 061 326) Mark.

Se 12 Proz. zahlen die Hannover'sche Centralheizungs- und Apparate-Fabrik (1895: 8 Proz.) aus einem Gewinn von 297 000 M; die Aktien-Gesellschaft für Federstahlindustrie vorm. Girsch u. Cie. in Kassel; die Fabrik Leipziger Musikwerke vorm. Paul Schlicht u. Cie. in Gohlis bei Leipzig aus einem Gewinn von 75 310 (74 022) M; Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haibt u. Hen, welche fortwährend voll beschäftigt ist; Berliner Werkzeug- und Maschinenfabrik vorm. Senfter (10 Proz.); Aktiengesellschaft für Zinkindustrie vorm. Grillo, Oberhausen (10 Proz.) aus einem Reingewinn von 296 656 (251 742) M; Lindener Eisen- und Stahlwerke (4 Proz.); Bonner Bergwerks- und Hüttenverein, Zementfabrik, Oberkassel bei Bonn (10 Proz.) aus einem Gewinn von 398 270 (327 694 M); Essener Bergwerksverein König Wilhelm zahlt den Stammaktionären 12 und den Prioritätsaktionären 17 Proz. (5 bezw. 10 Proz.) aus einem Gewinn von 948 632 (460 373 M). Se 11 Prozent zahlen die Metallwaarenfabrik vorm. Bär u. Stein in Berlin aus einem Gewinn von 172 849 M. bei günstigen Aussichten für 1897, wofür zahlreiche Aufträge vorliegen, und Bergbauaktiengesellschaft Pluto (9 1/2 Proz.) aus einem Gewinn von 553 056 (434 559) M.

Se 10 Proz. zahlen die Nürnberger Metall- und Lackwaarenfabrik vorm. Gebr. Ring aus einem Gewinn von 685 326 (551 927 M.); Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik, Grobe bei Vegesack (9 Proz.), Reingewinn: 173 621 (122 541 M.); Eisenwerk vorm. Nagel u. Kämp in Sauburg, Gewinn

452 991 Mk.; Schiff- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Germania Berlin, d. h. sie könnte aus dem Gewinn von 1 140 063 Mk. 10 Proz. Dividenden zahlen, sie ist aber an Krupp vermieht; Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Koch u. Cie. in Bielefeld, Gewinn 144 894 (164 662 Mk.), hat zahlreiche Aufträge für 1897; Siegener Bergwerke Aktien-Gesellschaft, Eisenschmelze bei Siegen (6 Proz.), ist gut und zu befriedigenden Preisen beschäftigt.

9 Proz. vertreiben die Maschinenfabrik „Germania“ vorm. Schwalbe u. Sohn in Chemnitz (8 Proz.) bei sehr guten Aussichten für 1897; Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach, Gewinn 79 710 (90 412 Mk.), der Bericht bemerkt, daß im neuen Jahre, in Folge einer Lohnbewegung unter den Schriftgießern, für die Schriftgießerei neben der Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, ein wesentlich erhöhter Lohnsatz in Frage kommt, doch sei zu hoffen, daß durch vermehrten Umsatz, wozu die Aussichten vorhanden, der größte Theil der Mehrausgaben wieder eingebracht werden könne; Bergwerke Aktien-Gesellschaft vorm. Hilgers in Rheinfelden (5 Proz.); Maschinenfabrik Budan, Akt.-Ges., Wagnersburg (8 Proz.), Gewinn 214 075 Mk., von 1897 wird bei voller Beschäftigung und befriedigendem Ergebnis erwartet; Donnermarthütte (8 Proz.), Gewinn 1 866 129 (1 560 573 Mk.).

8 Proz. zahlen Maschinenfabriken vorm. Gebrüder Gutzmann und Breslauer Metallgießerei in Breslau, Gewinn 176 467 Mk.; Oberschlesische Eisenindustrie-Akt.-Ges. (2 Proz.), Gewinn 2 646 863 Mk. (1 384 620 Mk.), ist ausreichend beschäftigt, hat für 6 Monate des laufenden Jahres die Produktion zu befriedigenden Preisen vergeben; Niederrheinische Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft in Duisburg (5 Proz.). Die Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Freuer u. Cie. in Gdycht zahlt 7 1/2 Prozent aus einem Gewinn von 573 000 Mk. Die Gesellschaft ist mit reichlichen Aufträgen versehen. Die Vereinigte Pommerische Eisengießerei und Gießerei Maschinenbauanstalt zahlt 7 Proz. gleich 126 000 Mk., ebenso die Aktiengesellschaft für Eisenindustrie und Brückenbau vorm. Hartort in Duisburg für Stammahlen und 8 Proz. für Prioritätsaktien. Die Metallwaarenfabrik vorm. Zickler in Wollensbüttel vertreibt 6 1/2 (7 1/2 Proz.) aus dem Gewinn von 57 902 (71 745 Mk.). Klagt über gedrückte Preise. Die Straßburger Maschinenfabrik zahlt 6 Proz. Dividenden aus 34 743 (31 305 Mk.) Gewinn, ebenso die Akkumulatorenwerke System Pollat in Frankfurt a. M. aus 65 512 (42 561 Mk.) Gewinn. Für laufenden Jahr bestehen beste Aussichten. Die Sürther Maschinenfabrik in Sürth bei Köln zahlt 5 1/2 Proz. (3 Proz.) aus 124 772 Mk. Reingewinn (1895: 58 231 Mk.). Die Fabrik hat für 1897 gute Aussichten auf günstiges Ergebnis. Kalkwerk Duisburg zahlt 5 Proz., ebenso die Eisengießerei-Akt.-Ges. vorm. Keyling u. Thomas in Berlin aus 157 739 (133 640 Mk.) Reingewinn; ferner Oberschlesische Eisenbahnbau-Akt.-Ges. Friedlandhütte (1/2 Proz.) aus 742 088 (87 459 Mk.) Gewinn und Eisenberger Maschinenfabrik und Eisengießerei aus 38 280 (42 000 Mk.) Gewinn usw.

Der Vergleich der Zahlen aus dem Jahre 1896

Das Alter von Eisen und Kupfer.

Die Frage, wie weit die Kenntnis der beiden für unsere Zeit so wichtigen Metalle in der Geschichte des Menschengeschlechts zurückreicht, wird ohne Zweifel auch unsere Leser interessieren. Wir entnehmen darüber einem Aufsatz des bekannten Forschers Heinrich Brugsch in der „Börs. Ztg.“ nachstehende Erörterungen: Die landläufige Meinung vom alten Eisen hält vor der wissenschaftlichen Forschung nicht mehr Stand, nach welcher dieses mächtige Metall der jüngsten Epoche der menschlichen Kulturentwicklung die Signatur aufgedrückt haben soll. Von den Zeiten des ägyptischen Alterthums an hat sich bis zur Stunde die Ansicht erhalten, daß die Kulturgeschichte mit dem Zeitalter der primitiven Werkzeuge begonnen habe, daß sich daran das Zeitalter der Bronze schliesse und daß als Letztes die eiserne Periode, in der wir selber noch leben, anzuschauen sei. Nach dieser Vorstellung, welche die Menschheit gegenwärtig vollständig beherrscht, gehört das Eisen zu den jüngsten Hilfsmitteln der menschlichen Thätigkeit im Kriege wie im Frieden. In einem lehrreichen und äußerst anziehenden Aufsatz, „Die Kupferzeit in Europa“ vertritt, hat Carus Sterne es als eine Unmöglichkeit einigermaßen sehr verdienster Alterthumsforscher in Deutschland bezeichnet und diese sogar als Karotte charakterisiert, das Eisen für älter als die Bronze zu betrachten und aus diesem Grunde die Eisenzeit der Bronzezeit voranzustellen. Nur eine leichtere Herabwürdigung des Eisens in der feuchteren Erde trage Schuld daran, daß man auf verhältnißmäßig verma-

mit denen von 1895 jetzt bezüglich des Gewinnes wie der Höhe der Dividenden, daß das Kapital in der Maschinenindustrie sehr gute Geschäfte gemacht hat und wahrscheinlich noch bessere im laufenden Jahre 1897 machen wird. Aber noch bessere Geschäfte hat freilich vielfach die Eisen- und Bergwerksindustrie gemacht. Daß sie und da in Folge von Lohnbewegungen und Streiks eine Erhöhung der Arbeitslöhne eingetreten, ist bekannt. Die in manchen Geschäftsberichten von Aktiengesellschaften erwähnten Lohnsteigerungen sind aber offenbar nicht solche, sondern Verdienststeigerungen bei gleichgebliebenen Löhnen und nur Mehrverdienst in Folge häufiger Ueberarbeit und intensiverer Arbeitsfähigkeit; dieser „Lohnsteigerung“ steht natürlich auf der anderen Seite eine entsprechende Vermehrung der Produktion bei gestiegenen Preisen und höherem Gewinn wie höhere Dividenden gegenüber. An den seit September 1895 stattgefundenen vielfachen und bedeutenden Preiserhöhungen hat die Arbeiterchaft keinen oder nur ausnahmsweisen und geringen Antheil, sie sind den Unternehmern, Aktionären und höheren Gesellschaftsmitgliedern in die Taschen geflossen und so bedeutet der wirtschaftliche Aufschwung kaum etwas Anderes als eine Periode goldener Ernte für das Kapital.

Zur Lage der Metallarbeiter in Ostschlesien. II.

Die Stellung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer und in der Gesellschaft wird außer durch Lohn und Arbeitszeit noch durch eine große Reihe bedeutender Momente beeinflusst, die sich nicht statistisch festhalten lassen. Mangelhafte Einrichtungen in den Werksbetrieben, Mißstände in gesundheitlicher Beziehung, schlechte Behandlung, häufiger Wechsel der Arbeiter können das Loos der Arbeiter unerträglich machen, trotzdem vielleicht der Durchschnittslohn und die Durchschnittsarbeitszeit nicht zu den schlechtesten gehören. Es ist daher nöthig, daß auch auf diese Materien eingegangen wird; freilich muß die Schilderung hier noch mehr den Charakter eines Stimmungsbildes tragen, denn in der Beantwortung der diesbezüglichen Fragen der Enquete kommt immer nur das subjektive Empfinden der Befragten zum Ausdruck. Alle diese Mißstände sind relativ zu der Klassenlage der Arbeiter des Distrikts überhaupt zu betrachten, denn was z. B. in einer großen Stadt als erbärmliches Elend empfunden wird, kann in einem weiseren Winkel der Provinz noch als ganz erträglich angesehen werden.

Wir werden also gut thun, wenn wir bei diesem Theil der Schilderung aus an Ortsgrenzen halten und uns mehr auf die Mittheilung von Thatsachen beschränken. Diese Thatsachen sprechen eine so beredte Sprache, daß es genügt, sie an den Pranger der öffentlichen Kritik zu stellen.

Das hiesige Sachverhalte liefert Beiträge aus Zittau, Gröden, Warten, Großschönau. In Zittau wird, wie schon im vorigen Artikel erwähnt, durchschnittlich täglich 11 Stunden gearbeitet für einen Lohn von durchschnittlich 18 Mk wöchentlich. Wohl wird im Afford auch in einzelnen Werksstätten bis 24 Mk verlohnt, aber es werden auch Löhne von 14 Mk für 66 Stunden Affordarbeit bezahlt! Mit niedrigen Löhnen

Ueberreste eiserner Werkzeuge aus jener Periode stöße. Carus Sterne bezieht sich bei seiner von der Mehrzahl der prähistorischen Forscher getheilten Meinung auf Europa. Die Babylonier und Assyrer auf dem asiatischen Boden als älteste Kulturträger erscheinen, so muß Ägypten auf der afrikanischen Seite den wohlverdienten Ruhm beanspruchen, auf allen Gebieten der Kulturentwicklung das Höchste geleistet zu haben. Seine Denkmäler über und unter der Oberfläche des heutigen Mittelmeeres gehen bis über das Jahr 3000 v. Chr. Gebart zurück. Es ist eine längst besprochene, aber bis zur Stunde noch nicht beantwortete Frage, wie die Ägypter im Grunde gewesen sind, in der Zeit der königlichen Pyramidenbauzeit die gewaltigsten Granitblöcke in spiegelglatt geschliffener, wohl zubehauener Werkstücke von unglaublicher Größe zu verformen. Lepsius hat in seiner sehr berühmten Abhandlung: „Die Metalle in den ägyptischen Inschriften“ ganz richtig behauptet: „Daß bei der häufigen Verwendung des Granits in großen Massen, wie sie bereits seit der vierten Dynastie (nach der regierten deren Könige von 3124 2840 v. Chr. Geb.) nachweislich ist, es wohl nicht zweifelhaft sein kann, daß man seit jener Zeit und schon früher das Eisen und seine Härte kannte.“ Auch bei den Griechen wäre das Eisen schon von früherer Zeit her ein viel verwendeteres Metall gewesen, das von Homer häufig genannt sei. Selbst das Härten des Eisens durch Entweichen in kaltes Wasser war bekannt. Ebenso gehe die Erwähnung des Vorzels (Eisen) im alten Testament bis in die Bücher Moses zurück und das in Jeremias

geht in der Regel niederdrückende Behandlung Hand in Hand. Es ist erfreulich, daß wir in diesem Falle wenigstens hören, daß die Behandlung einigermaßen gut ist. Nur von der Zittauer Maschinenfabrik, der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Grund u. No. und der Zustaltungsfirma M. Haase hören wir, daß die Behandlung nicht gut ist, und auch in der Maschinenfabrik von Gröden wird sie zu wünschen übrig. Strafzettel werden nur in vereinzelten Fällen gemacht und zwar in der Zittauer Maschinenfabrik und bei Grund u. No., in beiden Fabriken bis zu 1 Mk. Was Wunder, wenn bei den genannten Firmen auch sehr häufiger Arbeiterwechsel — freiwilliger und unfreiwilliger — stattfindet! An sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen ist natürlich nicht zu denken; vielfach haben die Arbeiter in den Zittauer Werksstätten nicht einmal einen gesonderten Raum, wo sie ihr Mittagbrod einnehmen, sich reinigen oder umkleiden können.

Auf der gleichen Höhe bewegen sich die Zustände in dem Alt- und Neugersdorfer Revier. Arbeitszeit und Bezahlung ist ungefähr gleich der Zittauer; Strafzettel werden von diesen wenigen Großen auch noch bis zu der unveranschauten Höhe von 1 Mk gemacht — allerdings nur vereinzelt. Meist gibt's keine Strafen und auch die Behandlung ist leidlich. Nur die Webstuhlfabriken von C. A. Moscher und Gustav Thiele, beide in Altgersdorf, haben den „Muhm“, daß bei ihnen die Behandlung zu wünschen übrig läßt. Aus der mechanischen Weberei von Aug. Hoffmann, Altgersdorf, wird als Wohlthat berichtet, daß die Arbeiter in der Kantine warmes Mittagessen bekommen können, selbstverständlich für ihr Geld — und daß ihnen ein Dabeihans zur Verfügung steht. Ausgenommen diese Firma, findet im ganzen Revier starker freiwilliger Arbeiterwechsel statt. An Entlassungen denken die Herren weniger, da sie offenbar froh sind, Arbeiter zu solchen Bedingungen zu bekommen.

Zu Punkt der Bezahlung steht Danken noch hinter den obengenannten Orten zurück. Ein Stundenlohn von 20 und 21 J ist keine Seltenheit, selbst im Afford ist der höchste genannte Lohn nur 22 Mk wöchentlich. Das, was hier abgeht, soll wahrscheinlich dann die Menge der Arbeitszeit bringen. So wird in der Fabrik für Eisenkonstruktion von Zimmermann bei 21—24 J Stundenlohn täglich 12 Stunden gearbeitet. Die Behandlung ist gut, meint unser Berichterstatter, doch scheint er die Thatsache, daß bis zu 1 Mk Strafe verhängt wird, nicht zur Behandlung zu rechnen. Strafen gibt's auch in der Fahrabfabrik von Thomas; wo sie hinkommen: „Das wissen die Götter“, lautet die lakonische Antwort. Sonst ist die Behandlung leidlich, was aber nicht hindert, daß die Arbeiter ebenso zahlreich wieder verschwinden, wie sie gekommen. Wohlfahrts-Einrichtungen natürlich vollständig unbekannt. In Großschönau haben wir's in der Hauptsache mit Metallschlägern zu thun. Sollen wir zum so und so vielen Male ein Malglock über die erbärmliche Lage dieser Arbeiter fügen? Man braucht sich nur zu erinnern, daß diese armen Lohnsklaven im vorigen Jahre streikten und sehr zäh an ihren Forderungen festgehalten haben. Ghe sie so weit kamen, mußte es schon schlimm stehen. Und es steht mehr als schlimm! Täglich 11 Stunden Arbeitszeit

erwähnte „Nordische Eisen“ wäre ohne Zweifel ein besonders vorzügliches, vielleicht gehärteter Stahl gewesen. Man würde einen Fortschritt begehen, etwa um das Jahr 1600 v. Chr. Geb. die äußerste Grenze der Kenntnis des Eisens bei den Ägyptern zu entdecken.

Man lege noch einige Jahrtausende hinzu und immer noch werden Zweifel über die wirkliche Zeit der ersten Entdeckung des Eisens obwalten, wie ich es dem Leser durch unbestreitbare Beweise bezeugen will. Zuvor noch ein Wort über die altägyptische Bezeichnung des Eisens selber, um auch darüber nähere Einsicht zu verschaffen. Das volle Wort für dieses Metall lautete nach den hieroglyphischen Texten Wi-ni-pit, d. h. „das Wunder(erzeugniß) des Himmels“. Damit ist klar auf den himmlischen Ursprung des Eisens in seiner Gestalt als Meteorstein hingewiesen. Das uralte Wort hat mehr als 6 Jahrtausende überlebt, denn noch in der Sprache und Schrift der christlichen Ägypten hat es sich in deutlich erkennbarer Gestalt als Benipi mit dem Sinne von Eisen erhalten. In verkürzter Form findet sich dieses Wort vielfach in Pyramiden-Inschriften, häufiger als die für Gold, Silber oder Kupfer. Die Pyramidenzeit, welche sich in weit ausgedehnter Ausführung im Innern von fünf Pyramiden aus der fünften und sechsten Dynastie vorfindet, gehören zu den ältesten Denkmälern der altägyptischen Geschichte. Damit ist aber zugleich der Beweis geliefert, daß der Kenntniß des Eisens bei den alten Ägyptern ein Alter zukommt, das billig in Epochen setzen muß, und dem gegenüber die spätere Eisenzeit wie eine zweite Periode erscheint,

und dafür 13 M. Wochenlohn! Dazu kommen Ueberstunden. Strafen werden verhängt bei mangelhafter Arbeit, sie fließen in die Privatkassette des Meisters. Die Behandlung ist „sehr trübe“! Das ist ein Bild aus einer Metallschlaggerwerkstatt. Es genüge, um die ganzen Zustände zu zeichnen.

An die Großschönerer Verhältnisse heran reicht beinahe der Zustand in Lössau. Lange Arbeitszeit und wenig Verdienst steht obenan. 20 J. Stundenlohn keine Seltenheit. Ja, die Maschinenfabrik von Mühl's Söhne zahlt Stundenlöhne von 17 J. und im Afford kommt es vor, daß Arbeiter nicht über 19 J. pro Stunde kommen. 3 M. Tagesverdienst im Afford ist beinahe schon viel zu nennen. Die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. Freilich stehen die Arbeiter auch Klagen gegenüber, nach welchen die Behandlung in einigen Werkstätten leidlich ist. Strafzettel sind nur bei der Firma Mühl's üblich, und zwar bis zur Höhe des halben Tageslohnes. Wohlfahrts-Einrichtungen bestehen nicht, dagegen scheinen selbst die notwendigen Hilfsmittel bei Unglücksfällen zu fehlen, worauf eine diesbezügliche Notiz schließen läßt. Entlassungen finden weniger statt, doch werden im Winter durch schlechte Behandlung die überflüssigen Arbeiter hinausgedrängt. Im Sommer, wenn die Arbeiter gebraucht werden, kehrt dann die Lebenswürdigkeit der Unternehmer wieder zurück.

Mehr großindustrielles Gepräge tragen die Zustände in Meißen. Die Vorteile dieser Produktionsweise für den Arbeiter sind zu spüren, aber in sehr hohem Maße auch die Nachteile. Zu den Vorteilen zählt die etwas kürzere Arbeitszeit — der Lohn ist nur in einzelnen Werkstätten um ein wenig höher als in den kleineren Betrieben der hinteren Lausitz — und in der Behandlung läßt sich nicht so ohne weiteres die absolute Herrschaft des Unternehmers herauskehren. Aus einer Fabrik erhalten wir sogar die stolze Auskunft: „Hier sind die Arbeiter so weit, daß sie sich überhaupt nicht schlecht behandeln lassen!“ Freilich, das ist eine Ausnahme; es bleibt sonst in allen Fabriken in dieser Beziehung trotzdem viel zu wünschen übrig. Besonders von den Aufsichtsborgern, den Meistern usw., wird niederträchtige Behandlung erteilt. Diese Leute, die sich, je größer der Betrieb ist, um so mächtiger und nicht selten in der Rolle der Buchmeister fühlen, können sich eben bei ihrer sonst nicht zu rechtfertigenden Antreiberei nur der brutalen Schimpferei bedienen. Das geschieht in ausreichendem Maße. Auch sonst kommen die Nachteile des Großbetriebes voll zur Geltung: überwiegende Affordarbeit, lange Lohnzahlungsperioden, viele Strafbestimmungen, überhaupt brutalistische Arbeitsordnungen usw. Wir brauchen alle diese Mißstände kaum einzeln zu rügen, sind sie doch in den gleichen Betrieben überall die gleichen. Wir wollen als kennzeichnend für die Verhältnisse in größeren Betrieben lediglich die Firma Diesold u. Sode anführen; die Mißstände daselbst führten ja auch schon zu einem Prozeß gegen die unerschrockenen Kritiker. Teilweise sehr geringer Lohn, früher aus diesem Grunde starke Ueberarbeit, die sich die Arbeiter fast mit Gewalt erzwangen — die armen Schinder müssen ja leben — hohe und viele Strafen, die auf einer ganz besonders scharfen Arbeits-„Ordnung“ basieren. Daneben besteht

die verwerfliche Einrichtung, daß sich die Arbeiter das meiste Werkzeug selbst kaufen müssen. Selbst Öl und Buglappen zählen zu diesem Werkzeug. Von diesem Geiste sind alle anderen Einrichtungen befeelt. — Wohlfahrts-Einrichtungen bestehen mit Ausnahme einer einzigen Fabrik, die ein Bad einrichtete, natürlich nicht. Die Arbeiter sind so beschelben, daß zu Wohlfahrts-Einrichtungen schon ein Speisesaal gezählt wurde, obwohl derselbe gleichzeitig als Zeichenhalle — es werden Vermüglückte darin untergebracht — und als ärztliches Konsultationszimmer dient. Der freiwillige Arbeiterwechsel ist in Meißen sehr stark. Nach dem Vorstehenden ist es überflüssig, nach den Gründen zu suchen.

In Stützig gibt es eine Reihe Fabriken, in denen die Verhältnisse zwischen dem ländlich-patriarchalischen und dem städtisch-großindustriellen Charakter schwanken: Arbeitszeit ist höher, wie in Meißen, Lohn ist im Minimum niedriger. Im Uebrigen ist wenig zu sagen. Strafen gibt es keine oder wenig, die Arbeiter werden erträglich behandelt, nur aus der Strohhalmfabrik Tännicht wird mitgeteilt, daß fast hinter jedem Arbeiter ein Beamter steht, wonach man sich dann das Bild der Behandlung ausmalen kann. Aus der Maschinenfabrik von G. Mache antwortet man auf die Frage nach der Behandlung sehr richtig und beherzigenswerth: „Je nachdem sich's die Arbeiter bieten lassen!“ Möchte man das immer beherzigen. Der Wechsel ist besonders in der Strohhalmfabrik so, daß die Bezeichnung „Laubenschlag“ nicht zu viel behauptet. Wohlfahrts-Einrichtungen gibt's nicht.

Die Metallindustrie ist in Meisa ziemlich stark vertreten, leider ist unsere Aufnahme nicht dementsprechend. Von einer Wäschfabrik mit ca. 250 Arbeitern und von etwa 30 Kleinbetrieben mit ca. 50 Arbeitern fehlt alle Nachricht. Nur vom Eisenwerk Lauchhammer in Gröbba bei Meisa ging Antwort ein. Es sind daselbst ca. 1000 Arbeiter, darunter 300 gelernte beschäftigt; der Lohn schwankt zwischen 18 und 28 J. Im Afford kann man in 10stündiger Arbeitszeit auf 3,50 M. kommen. Ueberstunden genügend, bis zu 36 in der Woche. Natürlich gibt es Strafen bis zu einem ganzen Tageslohn; auch die Behandlung ist schlecht, Beschimpfungen sind nichts Seltenes. Dem entsprechend ist der freiwillige Wechsel ziemlich stark.

Begeben wir uns von hier noch einmal in die ländlichen Thäler von Wildbruff, Schwobau bei Lommahsch und Berggießhübel-Gottlenba. Wir haben schon früher bemerkt, daß die Verhältnisse in Punkto der direkten Ausbeutung schlimmer werden, je entfernter von Industriezentren der Ort liegt. So haben wir in Wildbruff Arbeitszeiten von 66 bis 72 Stunden wöchentlich zu verzeichnen. Da dies meist handwerksmäßiger Betrieb ist, so ist es manchmal damit noch nicht genug. Und die Gesellen erhalten für solche Schinderei neben „Kost und Logis“ 5—6 M. wöchentlich! Die Begebenheiten der fabrikmäßigen Betriebsweise, wie Strafen etc., fehlen, doch steht auch hier wieder der Meister den ganzen Tag hinter dem Gesellen, was die Arbeit auch nicht gerade zu einer angenehmen macht. Die Schwobauer Verhältnisse bedecken sich mit den geschilderten in der Lausitz. In Berggießhübel und Gottlenba liegen die Dinge ähnlich; es herrscht, trotzdem

in welcher das Eisen seinen Einfluß auf die menschliche Kulturentwicklung bis zu unseren eigenen Tagen hin ausübte.

Die Fabrikation der Bogenschichtkohlen.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Humphray Davy, welcher zuerst den elektrischen Lichtbogen erzeugte, zunächst rothe, später pulverisierte und mit Theer gemengte und geglähte Holzkohlen benutzte. Erst im Jahre 1880 entdeckte man, daß die sogenannten Retortenkohlen sich weit besser zu diesem Zwecke eignen, und daß die den Kohlenstücken bisher gegebene rechtsckige Form ohne Spitze auf die Lichterzeugung einen ungünstigen Einfluß ausübte. Die Kohlenstücke erhielten daher in der Folge eine zylindrische Form und wurden am unteren Ende zugespitzt. Man unterscheidet hauptsächlich zwei Typen von Kohlenstücken, die homogenen oder vollen und die Dochkohlen. Letztere verdanken ihren Namen einer verbünnten porösen Kohlenmasse, welche in das Innere des Kohlenstückes eingeführt wird, wie der Docht in die Kerzen. Diese Dochkohlen haben sich namentlich für Wechselstrom-Bozgerlampen vorteilhafter erwiesen, da der weichere, leicht verbrennliche Kern derselben die Stetigkeit des Lichtes befördert. Als Rohmaterial zur Fabrikation der Bogenschichtkohlen wird Retortengraphit benutzt. Es ist dies der harte und schwere Rückstand, welcher sich während der Leuchtgasdestillation bei der theilweisen Zersetzung der Kohlenwasserstoffe an die glühenden Wände der Retorten an-

setzt. Dieser Retortengraphit wird in einer Stampfmühle auf einem stählernen Kaste, dessen Stäbe beweglich angeordnet sind, zerkleinert. Das Produkt dieser Arbeit wird alsdann gesiebt und die größeren Stücke auf senkrecht stehenden Mühlsteinen, die feineren in einem Kollergang gemahlen. Nachdem alles zu feinem Pulver zerrieben ist, giebt man die Kohle in eine Maschine, welche sie mit einem besonderen Bindemittel mischt. Durch Hinzufügen dieses Bindemittels, dessen Bestandtheile Fabrikationsgeheimniß sind, wird der Kohlenstaub in eine feigartige Masse verwandelt, welche man in ein Knetwerk bringt. Sollen nun volle Kohlenstücke hergestellt werden, so überläßt man den Teig einer Schneidemaschine, welche Stäbe von gewünschter Durchmesser und Länge liefert. Diese Stäbe werden in stählernen Zylindern mittels einer zylindrischen Presse einem Drucke von ungefähr 25 Atmosphären ausgesetzt. Diese Apparate erzeugen stündlich bis zu 500 m Kohlenstücke, das sind 2000 bis 3000 Stücke von mittlerer Länge. Bei Dochkohlen ist das Verfahren etwas anderes. Es werden hier aus der plastischen Masse Zylinder von etwa 15 cm Länge und 5—10 mm Durchmesser geformt, die mittels einer hydraulischen Presse durch eine Doffnung gedrückt werden, gegenüber welcher ein Dorn angebracht ist, der inmitten des austretenden Kohlenstückes einen Raum von etwa 3 mm Durchmesser ausparat. Der so erzeugte, hohle noch weiche Zylinder wird dann in Stücke von entsprechender Länge geschnitten. Es wird hierauf in diesen Hohlraum der sogenannte Docht eingesetzt, dessen Masse ebenfalls ein

elne Fabrik mit größerer Arbeiterzahl mit in Frage kommt, das patriarchalische Verhältnis vor. Allerdings mehr in Bevornundenem als günstigem Sinne. Wechsel, freiwilliger und unfreiwilliger, schwach durchgehend. Doch einen Blick auf Freiberg, Deberan, Saitzichen. Mit großen Betrieben haben wir's hier — einen in Freiberg ausgenommen — nicht zu thun. Nadelnfabriken, Eisenspielerwaaren, Kinderwagenbau und Fabrikation elektrischer Massenartikel herrschen vor. In allen Branchen ist der Lohn sehr herunter; da muß denn das allbeliebte Hilfsmittel der langen Arbeitszeit herhalten, oder man hat das Affordsystem eingeführt. Die übermäßige Anspannung der Kräfte läßt trotzdem kaum so viel verdienen, daß die Arbeiter weiter vegetieren können. 12, 13 und 14 M. sind häufige Wochenlöhne! Die Behandlung ist erträglich, doch fehlen fast nirgends Strafbestimmungen, die natürlich auch angewendet werden. Der freiwillige Wechsel überwiegt auch hier, es ist das eigentlich schon kennzeichnend, denn ohne sehr triftige Gründe läßt gewiß kein Arbeiter aus der Arb.it.

Wenn wir zum Schluß noch der Fabriken in Niedersiedlitz, Mügeln, Pirna, Nadeberg, Nadebeul gedanken, so geschieht es nur, um zu wiederholen, daß die Verhältnisse besser werden, je näher man an die Verkehrscentren, an industrielle Städte kommt. Die Arbeitszeit wird etwas kürzer, der Lohn etwas besser und hin und wieder trifft man auch so etwas wie Wohlfahrts-Einrichtungen an. Allerdings sind diese meist entstanden, um sich aus der Stadt Arbeiter auf das Land zu ziehen und sie da zu halten. Die Intensivität der Ausbeutung läßt auch da nichts zu wünschen übrig, aber man muß andere Formen wählen, die nach der Brutalität der Unternehmer wird etwas verschleiert. Zu dieser relativen Besserung hat zweifellos auch die bessere Organisation und die fortgeschrittene Erkenntnis der Arbeiter beigetragen. Zu dem ganzen unterjochten Distrikt sind noch sehr wenig Arbeiter organisiert und es fehlt ihnen daher bei ihren Kämpfen gegen den Unternehmer an jedem Rückhalt. Wo die Organisation eine bessere ist, wo Einigkeit unter den Arbeitern herrscht, da macht sich das sofort an der Lage der Arbeiter bemerkbar. Offenlich lernen die Arbeiter hieraus: Es wird nicht eher besser, bis sie sich selbst, gestützt auf ihre Vereinigung, Besserung erzwingen! Viel ist zu thun. Unsere ganzen Darlegungen geben ein so außerordentlich trauriges Bild von der Existenz dieser armen Lohnsklaven der Metallindustrie Ostschlesiens; und dabei konnten wir nur Stichproben geben. Und der Berg von Gemeinheit, der in den sogenannten Arbeitsordnungen aufgehäuft ist, ist ebenfalls kaum mehr als gestreift. Die Unternehmer bitten die „Ordnungen“, der Arbeiter hat sich zu fügen! Hat sich zu fügen, um die Profit- und Dividendenquelle nicht nur ungehemmt, sondern auch stärker fließen zu lassen. Der Profit steigt beständig, der Arbeitslohn geht eher zurück! Die Behandlung wird schlechter, denn auch der langwiltigste Arbeiter beginnt unzufrieden zu werden. Diese Unzufriedenheit soll niedergedrückt werden. Mögen die Arbeiter die Lehre aus dem Mitleidtheilten ziehen, daß es ihre erste Aufgabe ist, sich ihren Organisationen anzuschließen, um eine Gegen-

fabrikationsgeheimniß bildet. Wie bereits erwähnt, ist diese Masse weicher und schneller verbrennlich als die des umgebenden Mantels; sie wird fein gemahlen, mit einem Bindemittel angemacht und vermittelt einer Handpresse in die Kohlenrohre hineingepreßt. Wenn die Kohlen soweit fertig sind, heißen sie „grüne Kohlen“ und sind zu ihrem Verwendungszweck, in der Lampe gebrannt zu werden, noch nicht geeignet. Sie besitzen noch nicht den der fertigen Kohle eigenen grauen Schimmer, sind sehr leicht zerbrechlich und geben beim Auseinanderbrechen einen matten, dumpfen Ton. Die grünen Kohlen werden zu ihrer Fertigstellung bei einer möglichst hohen Temperatur (bis zu 200 Grad) gebrannt und dieser Prozeß ist mit nicht unerheblichen Verlusten verbunden, da die Stücke sich verziehen, sich winden und einreißen, ohne daß es trotz der großen Vorsicht bisher gelungen wäre, den beträchtlichen Abfall zu mindern. Wird beim Glühen die Hitze zu rasch gesteigert, so ziehen sich die Kohlen zusammen, ist die Temperatur nicht genügend hoch, so wird eine minderwertige Kohle von geringerer Leuchtkraft erzielt. Früher glückte man die Stücke in der Art, daß jeder einzelne Stütz in ein besonders Tiegelchen gestellt wurde, von welcher eine größere Anzahl in einer Retorte erhitzt wurde. Heutzutage spachtet man die Stücke in Gefäßen aus feuerfestem Ton auf und setzt diese der Hitze des Porzellanofens aus.

macht gegen das Unternehmertum zu schaffen. In einer festen Organisation liegt die Zukunft der Arbeiterschaft!

Hohe Verbandsbeiträge — dauernde gewerkschaftliche Erfolge.

(Aus „American Federationist“.)

Während der Gewerkekrisis, die seit 1893 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrschte, verloren die Gewerkschaften eine große Zahl ihrer Mitglieder. Dies geschah besonders in den Verbänden, welche in Folge der Kurzfristigkeit ihrer Mitglieder in den Zeiten verhältnismäßiger Lebhaftigkeit im Gewerbe verfehlten, Mittel anzufammeln, um in Zeiten schlechten Geschäftsganges ihre Mitglieder unterstützen zu können. Aber auch viele der Mitglieder, welche nicht arbeitslos waren, gestatteten es sich, ihre Verbandsbeiträge schuldig zu bleiben, bis sie schließlich die Mitgliedschaft verloren. Es ist dies nur die Folge großer Unwissenheit und des falschen Glaubens, als würden die arbeitslosen Pfennige, welche an Beiträgen gezahlt werden müssen, für die Arbeiter und deren Familien nutzbringender sein, wenn sie der Verbandskasse nicht zugeführt werden.

Das Gegenteil ist richtig. Es gibt schwerlich ein Gewerbe in irgend einem Orte des Landes, in dem nicht während der Krisis Lohnkürzungen vorkamen, wenn die Arbeiter ihre Organisation vernachlässigten. Eine Umfrage an die Beamten der Verbände hat dies bestätigt. Nach den eingegangenen zuverlässigen Antworten ist aber auch auf der anderen Seite erwiesen, daß in den Geschäftsmittelpunkten, in denen die Arbeiter die Organisation erhielten, nicht nur Lohnverkürzungsversuche zurückgewiesen werden konnten, sondern auch trotz der Krisis Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erzielt wurden.

Viele Arbeiter glauben besonders klug zu handeln, wenn sie die Verbandsbeiträge sparen, ohne zu bedenken, daß durch Erhöhung des Lohnes oder Beseitigung von Mißständen im Betriebe die Beitragsleistung tausendmal ausgeglichen wird. Jetzt, da die Gewerbestockung vorüber, beginnen die Arbeiter des Landes sich wieder in größerer Zahl zu organisieren, um aus dem besseren Geschäftsgang Vorteile zu ziehen. Während aber die Verbände, deren Mitglieder auch während der Krisis treu zur Sache gestanden haben, ohne Weiteres die günstigeren Vorteile ausnützen können, müssen die Arbeiter, welche ihre Organisationen aufgaben, die wertvollste Zeit mit dem Aufbau und dem Ausbau ihrer Verbände verlieren. Außerdem aber pflegt die Auflösung einer Organisation das Vertrauen zu derselben zu erschüttern und den Glauben an die Macht, sich selbst zu verteidigen zu können, zu schwächen.

Bei dem sich bemerkbar machenden Bestreben, die Organisationen wieder neu zu beleben und zu befestigen, sollten aber die Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, verwerthet werden. Die Arbeiterverbände sollen nicht Schiffe auf dem Meere des gewerkschaftlichen Lebens sein, die weiter getrieben werden durch schöne Versprechungen in den Zeiten, in denen das Gewerbe blüht, sondern sie sollen so fest sein, daß sie befähigt werden, den Wetterstürmen und Stürmen, die eine Folge der verkehrten wirtschaftlichen Verhältnisse sind, zu trotzen. Sie sollen durch die brausenden Wellen sicher dahingehen, die Rechte der Arbeiter verteidigen, dem sich Wühenden Erleichterung, dem Schaffenden Erleichterung seiner Lage und dem Arbeiter Freiheit bringen.

Die Erfahrung lehrt, daß nur solche Verbände, die auf der Basis hoher Beiträge aufgebaut sind, empfindliche Kämpfe zu überstehen vermögen und den Arbeitern Schutz gewähren. Es ist allerdings wahr, daß Verbände, welche diesen Grundzüge entsprechend aufgebaut sind, kein schnelles Wachsthum aufzuweisen haben, doch wird man bei ihnen auch den Krebsgang und das langsame Dahinsiechen nicht finden, wie es Organisationen aufweisen, die niedrige Beiträge erheben. Wenn Arbeiter aus Unwissenheit, oder aus irgend einer anderen Ursache sich weigern, einen angemessenen Beitrag für den Verband zu leisten, so kann dieser keinen Einfluß gewinnen und in wirksamer Weise keinen Kampf führen. Es gibt keine märchenhaften oder geheimnißvollen Gegenden, aus denen den Verbänden Mittel zufließen, sondern es gibt nur einen Weg, auf welchem die Verbände sich ein Vermögen beschaffen können, um zu jeder Zeit ein Bollwerk zum Schutze der Mitglieder zu bilden, und dieser Weg ist die Zahlung eines angemessenen Beitrages.

Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, daß die Arbeiter, welche die geringsten Verbandsbeiträge zahlen, am spätesten sich mit ihrem Verlangen nach finanzieller Unterstützung wendeten, wenn sie gezwungen werden, in einen Kampf einzutreten, und dann am ersten geneigt sind, die Verbände der Verschloßtheit zu ziehen, wenn ihnen

auf ihr Nusen nicht die erwünschten Geldsummen zufließen. Die wirksamste Hilfe ist die gegenseitige Hilfe, und diese ist nur möglich, wenn Jeder ein angemessenes Theil dazu beitragen will, die Mittel aufzubringen, mit denen die Interessen Aller und eines Jeden vertreten und vertheidigt werden können. Durch Jahre lange Beobachtung in dem Kampfe um die Rechte der Arbeiterschaft hat sich ergeben, daß es ein großer Fehler ist, für die Organisationen geringe Beiträge zu bezahlen.

Ein weiterer Fehler ist, wenn bei dem Gründen von Verbänden die Zahlung höherer Beiträge auf die Zukunft verschoben wird. Oft hört man die Meinung, daß der Verband noch klein sei und darum niedrigere Beiträge erheben müsse. Wenn erst die Mitgliederzahl größer geworden ist, dann würden auch die Beiträge erhöht werden. Dagegen findet man, daß in Verbänden, die verhältnismäßig hohe Beiträge erheben, die Mitglieder die hieraus entspringenden Vortheile erkennen und leichter zustimmen, wenn eine Beitragserhöhung notwendig wird, nicht allein, weil sie hoffen, sondern weil sie davon überzeugt sind, daß ihnen hieraus Vortheil erwächst.

Bei Verbänden mit geringen Beiträgen findet sich oft in kurzer Zeit eine große Mitgliederzahl zusammen. Zu leicht nur pflegen diese dann die eigene Kraft zu überschätzen und die Macht der Gegner zu unterschätzen. Wenn der Kampf begonnen, dann ist es zu spät, den erkannten Fehler gut zu machen. Die Organisation unterliegt und wird vielleicht zur Auflösung gezwungen und die Arbeiter werden in ihrer Lebenshaltung tiefer herabgedrückt, als sie früher standen. Ihr Vertrauen schwindet und oft scheint es unmöglich, eine neue Organisation zu schaffen. Die Verbände sollen nicht auf den Sand geringer Beiträge, sondern auf dem Diamantfelsengestein angemessener Beitragsleistung gebaut werden. Dann wird das Schwanken in dem Bestande der Mitglieder aufhören, die Verbände werden an Macht und Größe zunehmen, das Selbstvertrauen wird wachsen und der Tag der Freiheit näher rücken.

Warum ist für die Arbeiterinnen die gewerkschaftliche Organisation besonders nöthig?

Der Klaffen Gegensatz zwischen Reich und Arm, zwischen Kapitalisten und Proletarier liefert die Arbeiterin dem Unternehmer zu schonungsloser Ausbeutung aus. Er ist die Wurzel, aus der für den ausbeutenden Herrn reicher und überreicher Gewinnst emporsprießt, eine mehr als auskömmliche und angenehme, oft luxuriöse und maßlosgängere Existenz, eine Herrschaftsstellung; für die ausgebeutete Arbeiterin dagegen lange Werkeltage voll aufreibenden Schaffens und Mühens, harter Verdienst, ein hartes, freudenarmes, entbehrungs- und sorgenreiches Dasein, ein bitter empfundenes Sklavenloos. Will die Arbeiterin die Wirkungen dieses Klaffen Gegensatzes etwas mildern, strebt sie nach besseren Arbeitsbedingungen als der Grundlage für etwas lichtere Lage, so muß sie sich gewerkschaftlich organisieren. Die gewerkschaftliche Organisation verleiht ihr die Möglichkeit, der Kapitalistengewalt gegenüber Arbeiterrecht zu verteidigen, sie stellt zu Gunsten der erwerbsthätigen Proletarierin Macht der Macht entgegen.

In ihrer Eigenschaft als Proletarierin bedarf die Lohnarbeiterin des Schutzes durch die Gewerkschaft, wie der Lohnarbeiter seiner bedarf. Allein die Arbeiterin hat diesen Schutz noch dringender und in höherem Maße nöthig als ihr Bruder der Frohn und Aramth. Denn ihr Weibsein bedingt für sie als proletarische Arbeitskraft auf der einen Seite ganz besonders fühlbare, schädliche Folgen der Ausbeutung, auf der anderen Seite aber eine geringere Widerstandskraft gegen die Ausbeutung.

Daß langes Schaffen, Nacharbeit, zu kurze Pausen, die Berufslosigkeit in bestimmten Industriezweigen, unhygienische Arbeitsräume u. d. Gesundheit der Arbeiterin besonders schädigen, sie in kürzerer Frist und tiefer erschüttern als die des Arbeiters: das empfinden Tausende und Abertausende proletarischer Frauen tagtäglich am eigenen Leibe. Wissenschaftliche Forschungen von Aerzten, Hygienikern, Sozialpolitikern haben das längst und wiederholt gründlich bestätigt. Der Organismus der Frau ist nicht so kräftig, gewissen gesundheitsschädlichen Einflüssen gegenüber ist er empfindlicher, weniger widerstandsfähig als der des Mannes. Schwangerschaft, Entbindung und andere Vorgänge, welche mit dem Geschlechtsleben des Weibes zusammenhängen, bedingen zeitweise einen größeren Kräfteverbrauch, den die schlecht bezahlte Arbeiterin nicht durch entsprechende Nahrung, Pflege und Ruhe wett zu machen vermag. Die häuslichen Pflichten, welche ihr nach Feierabend und früh vor Wiederansnahme der Brodarbeit obliegen, stellen schwere Anforderungen an ihre

Kraft und Leistungsfähigkeit. Kein Wunder in der Folge, daß die hundertfältig schädigenden Einflüsse der kapitalistisch ausgebeuteten Berufsarbeit der Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiterin besonders verhängnißvoll werden, so verhängnißvoll, daß sie sich zum großen Theil auf das junge Leben übertragen, das in ihrem Schoße keimt.

Der Pflichtenkreis der proletarischen Frau ist mit dem Nachern ums liebe Brod nicht erschöpft. Noch ehe sich Morgens das Thor der Fabrik für sie geöffnet, kann das es sich Abends hinter ihr geschlossen, in der kurzen Mittagspause, dafern das ärmliche Heim nicht zu entfernt von der Arbeitsstätte liegt, regt sie im Hause die fleißigen Hände. Eine Fülle von Beschäftigungen, darunter recht ermüdende, wartet der Hausfrau und Mutter, und auch das junge Mädchen findet daheim mancherlei Arbeit, die der Mann nie kennen lernt.

So ist für die Arbeiterin die völlige Beseitigung der Nacharbeit, des Schaffens in dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Industrien, die Festlegung kurzer, geregelter Arbeitszeit und bestimmter, genügend langer Pausen von höchster Wichtigkeit. Eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen nach diesen Richtungen hin schützt ihr Weibthum gegen ein Uebermaß der Ausbeutung, entzieht der kapitalistischen Mehrwerthpresserei ein Stück ihres Lebens als bloße „Hand“ und gibt ihr als Mensch, Gattin, Mutter das Verfügungsrecht darüber zurück. Die Arbeiterin hat mithin in ihrer Eigenschaft als Frau ein ganz hervorragendes Interesse, vielfach ein unmittelbares Interesse als der Arbeiter an dem Kampfe, den die Gewerkschaften für eine Umgestaltung der Arbeitsbedingungen in dem angegebenen Sinne führen.

Zwar ist es die Gewerkschaft nicht allein, welche zu Gunsten der Arbeiterin in das Verhältnis zwischen Unternehmer und Lohnsklavin regelnd eingreift. Aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Festlegung von Schutzbestimmungen ist der gewerkschaftliche Kampf für die fraglichen Reformen. Und eine der unerläßlichsten Vorbedingungen für die gewissenhafte Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes ist das Vorhandensein starker gewerkschaftlicher Organisationen, welche durch ihre Wachsamkeit dafür sorgen, daß das Gesetz nicht tochter Buchstabe bleibt. Je energischer und umfassender der Antheil ist, den die erwerbsthätigen Proletarierinnen an der Gewerkschaftsbewegung nehmen, um so größer ist für sie die Aussicht auf eine Regelung der Arbeitsbedingungen, durch welche die Umstände der Ausbeutung beschränkt werden, welche die Arbeiterin als Frau besonders belasten und schädigen.

Doch noch in anderer Richtung tritt für die Arbeiterin die Nothwendigkeit der Organisation klar zu Tage. Fast auf der ganzen Breite des industriellen Lebens ist die Frauenarbeit schlechter entlohnt als die Männerarbeit. Arbeiter und Arbeiterinnen werden für genau die gleichen Leistungen oft sehr verschieden bezahlt; letztere nicht selten um ein Drittel oder die Hälfte niedriger als erstere. Auch sonst sind die Arbeitsbedingungen der Frauen und Mädchen vielfach ungünstiger als die der Männer. Nicht immer werden den Arbeiterinnen wie ihren Kameraden die Ueberstunden entlohnt, nicht überall hält man ihnen gegenüber an vereinbarten Bedingungen strikte fest. Ganz besonders oft erfahren die Arbeiterinnen eine unwürdige Behandlung, Grobheit und Aufdringlichkeit; Ghilane und schimpfliches Ansehen bietet ihnen der Unternehmer und sein Stellvertreter als Zugabe zum lärglichen Lohn.

Sehen wir von den wirtschaftlichen Ursachen ab, welche bezüglich der niedrigen Entlohnung der Frauenarbeit mit ausschlaggebend sind, so bleibt ein gemeinsamer Grund für die angebeuteten Uebel: das Weibsein der Arbeiterin. Weil diese eine Frau ist, ein seit vielen Jahrhunderten mit ihrem Interesse und Thun auf einen engen Kreis beschränktes, sozial minderberechtigtes Glied der Gesellschaft, so ist sie an Bedürfnislosigkeit, an Fügsamkeit und Gehorsam, an das Preisgeben ihrer Wünsche und ihrer Persönlichkeit gewöhnt. Sie besitzt nicht wie der Mann politische Rechte, um für ihre wirtschaftlichen Interessen zu kämpfen, sie ist in deren selbstständiger Vertretung nach außen, in der Öffentlichkeit, nicht erfahren. So findet der Unternehmer in ihr nicht bloß eine billige und anspruchslose, sondern auch eine gefällige, willige, unterthänige Arbeitskraft, die sich nur in den allergeringsten Fällen wider die kapitalistische Ausbeutung aufzubäumen wagt. Die „verdammte Bedürfnislosigkeit“, die Widerstandsunfähigkeit der Frau hat für die Arbeiterin die kapitalistische Ausbeutung verschärft, die von ihr gezeitigten Leiden gesteigert und auf die Spitze getrieben. In ihrer Eigenschaft als Proletarierin und als Frau steht die Arbeiterin dem ausbeutenden Kapitalisten als sozial zweifach Schwache und Machtlose gegenüber.

Je ungünstiger dieser Stand der Dinge ihre Arbeitsbedingungen der Proletarierin beeinflusst und damit ihre gesammte Existenz, um so zwingender liegt für sie die Nothwendigkeit vor, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Die Gewerkschaft weckt und fördert den Bildungsdrang der Arbeiterin, verleiht ihrem Leben durch das Rathen und Thaten innerhalb einer innig verbundenen, vorwärts und aufwärts strebenden Gesamtheit einen reicheren Inhalt. Die frühere weibliche Anspruchslosigkeit muß neuen, höheren Bedürfnissen weichen. Die Gewerkschaft stählt der Arbeiterin das Rückgrat kapitalistischer Profitwuth und Ungebühr gegenüber. Sie gibt ihr im Kampfe gegen den kapitalgewaltigen, prognigen Unternehmer die Widerstandskraft, deren die Bohuslablin als Frau ermangelt. Mit einem Wort: die Gewerkschaft gleicht durch den Einfluß und die Macht einer Gesamtheit jene Nachteile aus, welche der Arbeiterin als Frau aus ihrem Abhängigkeitsverhältniß vom Kapitalisten erwachsen. Die Klassenlage des Proletariats macht die gewerkschaftliche Organisation für jede proletarische Arbeitskraft zur unabwendbaren Nothwendigkeit. Die Geschlechtslage der Frau macht jedoch für die Arbeiterin den Anschluß an die Gewerkschaft doppelt und dreifach nöthig.

„Gleichheit“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die letzte Generalversammlung hat, wie alle früheren, beschlossen, das Protokoll der III. ordentlichen Generalversammlung in Druck erscheinen zu lassen. Dies ist nunmehr geschehen und hat der Verband am Anfang dieser Woche begonnen. Diejenigen, die Protokolle noch nicht bestellt haben, aber die Anschaffung oder die Uebernahme des Vertriebs beabsichtigen, wollen sich umgehend melden. Der Preis des Protokolls wird den der bisherigen nicht übersteigen.

Bezüglich der Bestellung der Protokolle bemerken wir, daß nur solche Bestellungen berücksichtigt werden können, die, sofern sie von Verwaltungsstellen oder Fachsektionen ausgehen, vom Bevollmächtigten und Kassirer unterzeichnet und mit dem Ortstempel versehen sind, während von Einzelbestellern ausgehenden Bestellungen der Kaufbetrag eventuell in Postwertzeichen beigelegt sein muß.

Zur Erleichterung der Geschäfte empfehlen wir den Verwaltungen bzw. Bevollmächtigten der Einzelmitglieder der Hauptkassen, für die Bestellungen ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Verwaltungen und Mitglieder, die mit früher bezogenen Protokollen nicht abgerechnet haben, haben zu gewärtigen, daß ihre Bestellungen ebenfalls unberücksichtigt bleiben.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten Nr.

- 7218 des Schleifers Lorenz Kästel, geb. zu Forchheim am 30. März 1860.
- 45066 des Schlossers Fritz Knote, geb. zu Hannover am 18. August 1831.
- 90390 des Schlossers Christian Weibers, geb. am 25. Dezember 1875.
- 99245 des Schlossers August Frank, geb. zu Gunzenhausen am 10. Dezember 1876.
- 111077 der ? Wilhelmine Ammon, geb. zu Fürth am 9. Januar 1876.
- 139925 des Klempners Ernst Bohe, geb. zu Bremen am 12. September 1874.
- 140036 des Schlossers Hubert Lachenicht, geb. zu Niedermarsberg am 23. März 1878.

Berichtigung. In voriger Nummer ist als ausgefallen der Schlosser Scharnbuch aufgeführt; es muß Scharnhorst heißen.

Nicht wieder aufnahmefähig ist nach § 3 Abs. a und b wegen Streikbruch der Schmied Friedrich Kellermann, geb. zu Burgfarnbach am 16. Juni 1875. Buch Nr. 172 822.

Ferner geben wir bekannt, daß die 3. ordentliche Generalversammlung in Braunschweig den im Jahre 1892 in Nr. 51 d. Ztg. als nicht wieder aufnahmefähig erklärten Schmittmacher Heinrich Großberndt, geb. zu Diez am 11. August 1862, rehabilitirt hat und daß demzufolge seinem etwaigen Wiedereintritt in den Verband nichts mehr im Wege steht.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Medlarstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vermahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Monatsrechnung pro April befindet sich ein Fehler, da der Einahme bei Harburg muß es heißen statt Nr. 253 Nr. 20.

Der Schlosser Konstantin Puntjardt, geboren zu Perlebach 5. Klagenfurt i. Oesterreich, wird ersucht, seine Adresse an den Vorstand gelangen zu lassen. Kollegen, welche dessen Aufenthalt wissen, werden gebeten, uns dies mitzutheilen.

Bekanntmachung.

Nach dem Beschlusse der 3. Generalversammlung in Braunschweig sind die Mitglieder des Ausschusses aus sämtlichen hiesigen Verwaltungsstellen gewählt worden, so daß dieser sich folgendermaßen zusammensetzt:

Vorsitzender:

S. Dejung, Monteur;

Beisitzer:

H. Knopf, Schlosser, E. Hamburger, Klempner, Fr. Meißel, Mechaniker, R. Weißig, Dreher.
Alle Zuschriften, Beschwerden etc. sind an **S. Dejung, Frankfurt a. M., Haidstr. 12, III.** zu senden.
Mit kollegialem Gruß

Der Ausschuss.

Korrespondenzen.

Selbsteier und Gärtler.

Hamburg. Section der Selbsteier etc. Mitgliederversammlung am 19. Mai. Beim Bericht von der Generalversammlung wurden die Hauptpunkte von Schulz vorgebracht. An das Kartell abgeliefert sind auf Sammellisten Nr. 4321,80, es ist das noch nicht die endgiltige Summe, da noch einige Listen ausstehen und ein Kollege trotz mehrfacher Aufforderung sich nicht veranlaßt fühlte, selbige zur Ablieferung zu bringen. Zur Schuldentilgung vom Hafenarbeiterstreik sind bis jetzt Nr. 913 abgeliefert worden. Auf eine Anfrage, wie man sich zu verhalten habe, wenn man seine Kopfsteuer bezahlt hat, wurde geantwortet, daß in unseren Branchen doch auch Leute so schlecht gestellt seien, daß es ihnen unmöglich ist, jede Woche eine Marke zu entnehmen und in Folge dessen diejenigen Kollegen, welche bezahlt haben, auch weiter zu zahlen hätten.

Mürnberg. In der Mitgliederversammlung der Section der Selbsteier etc. am 22. Mai hielt Kollege Stelz einen Vortrag über Industrieverbände und Arbeiterorganisationen. Redner wies an der Hand reichen Materials nach, daß die Arbeiter jederzeit auch die kleinsten Verbesserungen ihrer Lebenslage erst erkämpfen mußten. Weiter ließ der Versammlungsbuch viel zu wünschen übrig. In seinem Schlusswort geißelte der Referent scharf die Falschheit und Ungültigkeit der organisierten Kollegen. Es scheint überhaupt, als wären unsere Kollegen alle auf Rosen getreten; aber in Wirklichkeit sind dieselben in den größten Betrieben auch den größten Schikanen der Vorgesetzten ausgesetzt. Dem kann aber nur entgegengetreten werden, wenn Jeder seine Pflicht erfüllt, die Versammlungen regelmäßig besucht und mit Rath und That beisteht, wo es erforderlich ist.

Klempner.

Chemnitz. Am 16. Mai fand im Schützenhaus eine öffentliche Klempnerversammlung statt mit der Tagesordnung: Wie können die Klempner ihre Lage verbessern? Genosse R. Krause kritisirte in sehr treffender Weise die überaus großen Mißstände in den Werkstätten der hiesigen Zinnungsmeister und Fabriken. Da in den hiesigen Klempnerzweigen meist noch 11 und 12 Stunden gearbeitet wird, so führt der Referent die Nachteile dieser langen Arbeitszeit vor Augen. Die Organisationsfrage erläuterte der Referent in sehr eingehender Weise durch Darlegung der Vortheile der Zentralorganisation. An den Hirsch-Dumcker'schen Gewerbevereinen übte er eine herbe Kritik, da selbige in sehr vielen Fällen den nach Verbesserung strebenden Arbeitern in den Rücken fallen und Streikbrecher liefern. Eine Kommission von 6 Kollegen wurde gewählt, welche statistisches Material sammeln und einer Versammlung vorlegen soll, in welcher dann Beschluß gefaßt wird, ob man in eine Lohnbewegung eintreten kann.

Hamburg. Section der Klempner und verw. Berufe. Mitgliederversammlung vom 18. Mai. Der Vorsitzende berichtet über die kombinierte Versammlung und erwähnt, daß daselbst von den Delegirten die Berichterstattung von der Generalversammlung erfolgte. Zu den Beschlüssen der Generalversammlung entspinnt sich eine lebhafte Debatte und wird besonders der Beschluß, nach welchem denjenigen Verwaltungen Stellen, welche mehr als 3000 Mitglieder zählen, besondere Vorrechte eingeräumt werden sollen, scharf kritisiert, während vom Delegirten Schulz dafür eingetreten und betont wird, daß, wenn eine Vereinigung sämtlicher Sektionen unseres Verbandes hier am Orte stattfindet, wir eben, als diese Vortheile genießen können. Demgegenüber wird von mehreren Rednern ausgeführt, daß in unserer Branche noch der Kleinbetrieb vorherrschend und deshalb für eine Verschmelzung sämtlicher Sektionen keine Stimmung vorhanden sei. Nach längerer Debatte wird eine von Kollege S. eingebrachte Resolution, welche die Abneigung der Klempner gegen eine eventuelle Vereinigung sämtlicher Sektionen ausdrückt, vorläufig abgelehnt. Vom Kollegen W. wird gewünscht, daß die Delegirten in der nächsten Kartellitzung die Frage anregen, ob es nicht an der Zeit wäre, daß das Kartell zur Krankenversicherung Stellung nehme und zwar zu Gunsten der Ortskrankenkasse.

Hofheim. Der Zugang für Blechner ist frei, da sämtliche Forderungen zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt sind.

Syrer. Die hiesigen Spengler haben an die Meister folgende Forderungen gestellt: 1) 10stündige Arbeitszeit; 2) Minimallohn von 3 M täglich für jugendliche Arbeiter Nr. 2,50; 3) wöchentliche Lohnzahlung; 4) 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden, für Sonntagsarbeit 50 Proz.; 5) Abschaffung von Kost und Logis beim Meister; 6) an den Vorabend der hohen Feiertage eine Stunde früher Feierabend. Antwort ist bis 12. Juni erbeten. — Wir eruchen vorläufig um Fernhaltung des Zugangs.

Metall-Arbeiter.

Im Namen des Königs! In der Privatklage des alleinigen Inhabers der Firma Ebersbach und Kühn in Chemnitz, Fabrikanten Franz Kühn daselbst, vertreten durch die Rechtsanwälte Liebe und Ehrig, hier, Privatklägers, gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ Johann Gottfried Scherm in Nürnberg, vertreten durch Rechtsanwalt Gullis in Chemnitz, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das königliche Schöffengericht zu Chemnitz in der Sitzung vom 7. April 1897, an welcher Theil genommen haben: 1. Amtsgerichts-Rath Dr. Weiske als Vorsitzender, 2. Lehngerichtsbesitzer Richter, Verbitsdorf, 3. Steinmetzmeister Flemming, Silberdorf, als Schöffen Refe-

renbar Kirnse als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte, Redakteur Johann Gottfried Scherm in Nürnberg, ist der Beleidigung des alleinigen Inhabers der Firma Ebersbach und Kühn, Fabrikanten Franz Kühn hier, schuldig und wird deshalb zu Einhundertundfünfzig Mark, im Unvermögensfalle zu drei Wochen Haft und zur Bezahlung der Kosten und nothwendigen Auslagen verurtheilt, es ist auch der verfügbare Theil des Urtheils in demselben Theile der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist, zu veröffentlichen, wenn Privatkläger innerhalb der nächsten vier Wochen von Rechtskraft des Urtheils an darauf anträgt. Dr. Weiske. Ausgefertigt am 26. Mai 1897. Der Gerichtsschreiber beim Stgl. Amtsgerichte Chemnitz, Ceter. Selbmann.

Braunschweig. Die Zustände in der Dampfessel- und Gasmeterfabrik vormals A. Wille u. Co. hier wurden in einer der letzten Mitgliederversammlungen der Section der Schlosser und Maschinenbauer zur Kenntniß gebracht. Die Arbeitszeit in der betreffenden Fabrik ist in der Fabrikordnung als eine regelmäßige 10stündige festgesetzt bei einer halbtägigen Frühstückspause, 1 1/2stündigen Mittags- und 1/4 Stunde Vesperpause. Eine etwa nothwendig werdende längere oder kürzere Arbeitszeit wird den betreffenden Arbeitern besonders mitgetheilt und ist von diesen einzuhalten. Auch sind dieselben verpflichtet, auf Verlangen an Sonn- und Festtagen in den gesetzlich zulässigen Fällen zu arbeiten. Die „Nothwendigkeit“ der verlängerten Arbeitszeit besteht bereits schon über 1 Jahr. In der Kesselschneide und Brückenbauerei geht es unregelmäßig, aber doch die längste Zeit des Jahres Tag und Nacht; so kommt es vor, daß die Arbeiter 70—80 Stunden die Woche arbeiten, ob die Arbeiter es freiwillig oder gezwungen thun, bleibt dahingestellt. Zu der Maschinenbauerei und Dreherei ist die 12—13stündige Arbeitszeit mit geringer Ausnahme seit 1 Jahr zur Regelmäßigkeit geworden. Die Arbeiter wissen auch nie im Voraus, welchen Lohn sie für diese lange Arbeitszeit erhalten, da sie, außer den Hilfsarbeitern, für welche ein Stundenlohn von 23 M festgesetzt ist, ihn erst dann erfahren, wenn sie bei der Bohrung ihre Büchsen öffnen. Und in der Regel wird ihnen keine angenehme Ueberraschung zu Theil. In der Fabrikordnung heißt es freilich: Der Lohn wird entweder nach einem vorher vereinbarten Stundenlohnsatz oder nach einem jedesmal vor Beginn der betreffenden Arbeit festzustellenden Auftragslohn bezahlt. Dieser Satz der Fabrikordnung wird jedoch von den die Lohnzahlung regelnden Beamten nicht gehalten, denn jeder Arbeiter muß mit dem zufrieden sein, was ihm gezahlt wird. Eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Wascheinrichtung ist nicht vorhanden, denn die 10—15 hierzu vorhandenen Eimer genügen bei der dortigen außergewöhnlich schmutzigen Arbeit für etwa 200—300 Personen bei Weitem nicht. Mit der sonstigen Beschaffenheit der Arbeitsräume in sanitärer Hinsicht werden wir uns noch später zu beschäftigen haben. Trotz dieser Verhältnisse halten es die dort beschäftigten Arbeiter nicht der Mühe werth, sich ihrer Organisation anzuschließen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß sie Alle, Mann für Mann, dem D. M. V. beitreten.

Berlin. Eine kombinierte Generalversammlung der Mitglieder des Deutschen und Berliner Verbandes tagte am Montag, den 24. Mai, im „Ferienpalast“. Dieselbe war von ca. 3000 Personen besucht und der Eintritt nur Vollberechtigten, durch Mitgliedsbuch oder Karte sich legitimirenden Kollegen gestattet. Die Tagesordnung lautete: 1. Die zukünftige Gestaltung unserer Organisation. 2. Wahl der Ortsverwaltung; Wahl eines Hilfsarbeiters. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erklärte Bittin nochmals in kurzen Zügen die Gründe, welche Veranlassung gegeben zur Verschmelzung beider Organisationen und unterbreitete der Generalversammlung die von der Vertrauensmännerkonferenz angenommenen Vorschläge hinsichtlich der ferneren Organisationsgestaltung. Demnach soll Berlin mit Vororten, um die Agitation wirksamer betreiben zu können, in 9 Bezirke getheilt werden (statt der bisher im Berliner Verband üblich gewesenen 4 Bezirke), und zwar wurde folgende Bezirkeinteilung vorgeeschlagen und angenommen: 1. Norden, Wedding und Gesundbrunnen; 2. Oranienburger-, Rosenfelder-, Schönhauser- und Prenzlauer Vorstadt; 3. Osten; 4. Moabit; 5. Südosten; 6. Hixdorf; 7. Süden und Zentrum; 8. Westen und Schöneberg; 9. Charlottenburg und Spandau. Sollte sich diese Einteilung nicht als zweckmäßig erweisen, bleibt es der Ortsverwaltung überlassen, dieselbe in anderer Weise zu regeln. Ferner wurde beschlossen, für jeden Bezirk einen Bezirksführer, welcher zugleich Sitz und Stimme in der Ortsverwaltung haben soll, einen Stellvertreter desselben, einen Kassirer und einen Schriftführer zu wählen. Den einzelnen Bezirken wurde das Recht zugesprochen, so weit sie es wünschen, je einen Vertreter in die Ortsverwaltung zu senden. Weiter wurde beschlossen, die Ortsverwaltung aus 7 Personen bestehen zu lassen und zwar: einem 1. Bevollmächtigten, einem 2. Bevollmächtigten, einem Kassirer, einem Schriftführer und 3. Beisitzern. Bezüglich der 1. Bevollmächtigten und der Kassirer mit je 165 M Gehalt pro Monat. Eine längere Debatte entstand darüber, ob auch der zweite Bevollmächtigte besoldet, wie es von Seiten der Vertrauensmänner vorgeeschlagen, oder ein besonderer Hilfsarbeiter für das Bureau angestellt werden soll. Bittin empfahl, die Besoldung des 2. Bevollmächtigten abzulehnen, dafür einen Hilfsarbeiter anzustellen, welcher seine Thätigkeit nur den Bureauarbeiten zu widmen habe und eventuelle Vertretung bei Abwesenheit des Bevollmächtigten oder Kassirers im Bureau zu übernehmen hat. Die Versammlung entschied sich für Besoldung und Einstellung eines Hilfsarbeiters bei 150 M Gehalt pro Monat. Hierauf fand die Wahl der neuen Ortsverwaltung statt; deren Resultat ergab: Bittin, 1. Bevollmächtigter; Haber, 2. Bevollmächtigter; Besold, Kassirer; Stalsky, Schriftführer; Freitahler, Deß und Hmann, Beisitzer. Zum Hilfsarbeiter wurde Kollege Stalsky bestimmt. Mitgetheilt wurde, daß das Bureau des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, Zährstraße Berlin, vom 1. Juni ab Annenstraße 39 sei, alle auf den Verband bezüglichen Angelegenheiten werden von dieser Tage an von dort geregelt. Zum Schluß der imposanten Versammlung wurden sämtliche Kollegen ermahnt, recht zahlreich zu dem am 10. Juli stattfindenden Sommerfest des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erscheinen; daselbst findet im Schloß „Weissensee“ statt und kann zugleich als Verbrüderungsfest begangen werden.

Esslingen. Von den Herren Kalle & Pflüger erhalten wir unterm 26. Mai cr. unter Bezugnahme auf die in Nr. 21 enthaltene Korrespondenz über ihre Firma eine Briefe, in der es u. A. heißt: „... Sie behaupten in dem Artikel, daß nur wenige Arbeiter bei uns 25 und 30 J pro Stunde verdienen, was den Schein erweckt, als ob bei uns überhaupt gar nicht über 30 J bezahlt würde. Tatsächlich aber hat die größere Hälfte unserer Arbeiterzahl, nämlich 56 Prozent 30 J und mehr pro Stunde, allein 44 Prozent haben über 30 J, darunter 8 Prozent noch gar mit 40 J pro Stunde bezahlt sind. Wie in allen Geschäften sind auch bei uns Leute in Arbeit, die sich erst vervollständigen müssen, wenn sie auch schon ausgeleert haben, denn nicht Jedermann ist nach Beendigung seiner Lehre so brauchbar, daß er ohne Hilfe arbeiten könnte. Von solchen Leuten haben allerdings 4 Proz. 22 J und je 8 Proz. 24 und 26 J pro Stunde. Die von Ihnen erwähnten Ueberstunden sind richtig, jedoch hat sich noch kein Arbeiter darüber beschwert, zumal hierfür ein Lohnzuschlag von 20 Prozent stattfindet und ohnedem 1/4 Stunde weiter bezahlt wird.“

Frankfurt a. M. In der am 15. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung der allg. Verwaltungsgesellschaft wurde, da Kollege Dejung durch die Wahl zum Vorsitzenden des Verbandes aus dem Amt als Bevollmächtigter niedergelegt wurde, Kollege Schiffer zum 1. Bevollmächtigten und an Stelle des zweiten Kassiers, welcher abgereist ist, Kollege Morgen gewählt.

Hamburg. Die Sektion der Werftarbeiter hielt am 18. Mai in der „Konfordia“ eine Mitgliederversammlung ab. Da die Versammlung schlecht besucht war, wurde der 1. Punkt: „Berufsstatistik“ vertagt. Es wurde nun über die Befolgung der Bezirkskassier debattiert, wozu ein Antrag vom Bevollmächtigten vorlag, den Bezirkskassieren für den Sonntag 80 J zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Dana wurde noch beschlossen, in Mitgliederversammlungen keine Zellerfassung zu veranstalten. „Das Verhalten des Verbandes bei der Beerdigung eines verstorbenen Kollegen“ war der weitere Punkt. Es wurde der Fall „Mittel Kobel“ angeführt und vom Vorsitzenden erklärt, daß er hierüber nicht früh genug unterrichtet war. Hierzu wurde hervorgehoben, daß, wenn ein Todes- oder auch nur ein Unfallsfall eintritt, dieses von den Arbeitskollegen des betreffenden sofort dem 1. Vorsitzenden zu melden sei, damit Letzterer die nötigen Vorkehrungen treffen könnte.

Kalk. In der am 15. Mai stattgehabten Versammlung der Filiale des D. M. V., die von über 300 Personen besucht war, sprach zuerst Redaktor Hofrichter über die Verfüzung der Arbeitszeit in der hiesigen Metallindustrie. Reichher Beßler lobte den Vortrag, worin in eingehender Weise die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit wie auch die Haltlosigkeit der dagegen erhobenen Einwände dargelegt wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Firma P. Stählen, führt der Vorsitzende aus, daß die auf Grund der in dem von der Ortsverwaltung herausgegebenen Flugblatte geäußerten Kritik erfolgte Maßregelung mehrerer Verbandsmitglieder Ursache gegeben habe, diesen Punkt zur Besprechung zu stellen. Redner ging des Näheren auf die in dem Flugblatte enthaltenen Angaben ein und betonte die Wichtigkeit derselben. Man habe allerdings in den letzten Tagen die Arbeiter veranlaßt, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach die gemachten Angaben als unzutreffend bezeichnet werden und die Arbeiter sich mit den Arbeitsverhältnissen durchaus zufrieden erklären. Wenn man jetzt höhere Löhne angebe, so beruhe das auf diesbezüglich bekannt gegebenen Zahlen nicht, da es sich in der Erklärung nicht um die gezahlten Tagelöhne, sondern um die in vierteljährigem Arbeitsstunde verdienten Alltagslöhne handle. Der mitgemerkte Kollege K. gab eine Darstellung der die Entlassung begleitenden Umstände, woraus sich ergibt, daß er mit den andern Kollegen wegen der Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verbande entlassen worden ist. Daß der Kollege während der 16-jährigen Thätigkeit bei der Firma stets zur Zufriedenheit derselben gearbeitet hat und ein solider und pünktlicher Arbeiter war, hat Herr Stählen selbst bestätigt. Der Kollege gibt an, daß er einen auskömmlichen Lohn verdient habe; das sei aber doch kein Grund, weshalb er dem Metallarbeiter-Verband hätte fernbleiben müssen, wie Herr Stählen verlange. Mittels stellt an der Hand der gegebenen Darstellungen fest, daß Herr Stählen trotz seiner vielgerühmten christlichen Arbeiterfreundlichkeit in vorliegendem Falle wie ein reicher Unternehmer gehandelt habe. Während er sich in hitziger Weise darüber beschwerte, daß man sich um seine Privatangelegenheiten kümmere, nimmt er für sich das Recht in Anspruch, über die Privatangelegenheiten seiner Arbeiter zu bestimmen, indem er ihnen verbietet, von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Sozialversicherungs-Gesetz zu machen. Leider sei die Organisation noch nicht genügend hart, um den Herrn Stählen die Antwort zu geben, die ihm zukomme. Was man aber thun könne, müsse gelehrt, er bitte folgender Resolution zuzustimmen:

„In Anbetracht der Thatlage, daß der Stillschickende Peter Stählen seinen Arbeiter den Verzicht zu den freien Arbeiterorganisationen verweigert, auch bereits mehrere Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verbande entlassen, den Arbeitern also die Wahrnehmung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Sozialversicherungs-Rechts unmöglich gemacht hat, beschließt die heutige Metallarbeiter-Versammlung, über den Verzicht der Stillschickerei von P. Stählen die Sperre zu verhängen. Die Formel, Stillschickerei und sonstigen Arbeiterunterstützungen, wie sie in genannten Betriebe in Betracht kommen, werden verweigert, daselbst keine Arbeit anzunehmen.“

Karlsruhe. Jahresbericht der Agitationskommission für Baden und Elsaß. Kant Beschluß der Offenburger Metallarbeiter-Versammlung vom 5. März 1896 wurde hier das Agitationskomitee für Baden und Elsaß gebildet, welches nun im Laufe der noch 14-jährigen Thätigkeit einen kurzen Jahresbericht abzugeben. Das Komitee, aus fünf Mitgliedern bestehend, hielt im vergangenen Geschäftsjahre 5 Sitzungen ab, in welchen man sich hauptsächlich mit der Agitation für Karlsruhe und Umgebung zu beschäftigen hatte. Wir fühlen uns mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse veranlaßt, zuerst in Karlsruhe eine rege Agitation zu entfalten. Wir haben bereits, daß wir hier

mit öffentlichen Versammlungen nicht viel erzielen und deshalb beschlossen wir, Besprechungen der einzelnen Branchen einzuberufen, wozu wir die Kollegen mittelst Kaufzetteln einludeten. Wir erreichten mit unserem Vorgehen bald günstige Resultate, indem bei einer Besprechung der Blech- und Zinkarbeiter 43 Mann ihren Beitritt erklärten und sich in die gegründete Sektion aufnehmen ließen. Eine Besprechung der Hauschlosser hatte ebenfalls die gewünschten Resultate, indem sich 17 Kollegen in die Sektion der Hauschlosser aufnehmen ließen. Auch bei den hiesigen Schmieden waren unsere Bemühungen von Erfolg, indem bei einer Besprechung derselben 47 Kollegen ihren Beitritt zur Sektion erklärten. Für die Orte Bruch und Weierheim beschlossen wir, eine Filiale zu gründen; am 19. Juli v. J. fand eine Besprechung statt. Die anwesenden Kollegen erklärten auch sofort ihren Beitritt zum Verband. Außer einer öffentlichen Versammlung, in welcher Gen. Rohrlach sprach, fanden drei weitere öffentliche Versammlungen statt: 1 in Karlsruhe, 1 in Baden-Baden und 1 in Ettlingen. — Die Jahreseinnahmen beliefen sich auf: 88,17 M., die Ausgaben auf 40,72 M., somit Kassenbestand 47,45 M. An Einnahmen erhielten wir von auswärts: Durlach 10,10 M., Pforzheim 16 M., Mühlburg 6,28 M., zusammen 26,38 M. Die Hauptsumme von 61,71 M. entfällt auf Karlsruhe. An Postgebühren wurden abgesetzt 48, eingegangen sind 31. Somit können wir sagen, daß 16 Briefe, meist wichtige Anfragen, unbeantwortet geblieben sind, was gewiß von großer Gleichgültigkeit zeugt. Es gibt gewiß noch viele Orte unseres Agitationsbezirks, wo die Arbeiter sich unserer Organisation anschließen würden, wenn auch eine rege Agitation betrieben würde. Die Agitation wird aber in der Regel nicht richtig angefaßt und so kommt es, daß in einem Jahre viele unserer besten Kollegen gemüßregelt werden und die Arbeitsstelle verlassen müssen. Um diesem vorzubeugen, haben wir jetzt Mittel gefunden, die Agitation zu betreiben, ohne daß einem Kollegen Schaden zugefügt werden könnte. — Die Antworten und Anfragen der Verwaltungen sind spärlich eingelaufen; an Anfragen haben wir fast keine zu verzeichnen, auch bezüglich der Antworten auf unsere Briefe mußten wir in vielen Fällen froh sein, wenn wir überhaupt noch nach einem Vierteljahr eine Antwort erhielten. Es wäre doch gewiß zu wünschen, daß die Vorsitzenden den Punkt „Agitation“ von Zeit zu Zeit einmal auf die Tagesordnung setzten. Auch bei Agitationstouren ist es vorgekommen, daß Verwaltungen, welche eine öffentliche Versammlung verlangten, dieselbe einfach wieder abfragten, nachdem der Referent erschienen war. Kollegen, solche Dinge müssen künftig unterbleiben; man muß doch in Betracht ziehen, daß die Tage der Versammlungen schon vor der Tour bestimmt sind, und daß es unser Geld kostet, wenn der Referent gerade den besten Tag (Samstag) durch solche Unregelmäßigkeiten abgehalten ist, eine Versammlung abzuhalten. — Wir richten noch an alle Kollegen die dringende Bitte, uns künftighin in der Agitation besser zu unterstützen und auch die Geschäfte gewissenhafter und pünktlicher zu besorgen, dann werden wir in diesem Jahre in unserem Agitationsbezirk bedeutend mehr erreichen, als es bisher der Fall war. — Alle Sendungen sind zu richten an Hermann Meier, Eisenarbeiter in Karlsruhe, Morgenstraße 22.

Hannoverscher Grund. Eine öffentliche Versammlung fand am 16. Mai in Deuben statt. Der Delegierte erstattete Bericht von der Generalversammlung. Es erübrigte sich wohl hierauf näher einzugehen. Hervorgehoben sei nur, daß der Delegierte S., weil er die Generalversammlung besucht hat, gemüßregelt worden ist. In der Debatte erklärten sich sämtliche Redner mit dem Verhalten des Delegierten auf der Generalversammlung einverstanden. Eine Resolution, die das zum Ausdruck brachte, wurde einstimmig angenommen. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde bekannt gegeben, daß am 1. Pfingstfeiertag eine größere Partiz stattfinden; es werden die Kollegen hier nochmals aufgefordert, sich zahlreich zu zeigen. Weiter wurden noch einige Fragen besprochen, z. B. wie der Versammlungsbereich zu heben sei, oder welches die beste Organisationsform sei, und waren sich alle Redner einig in ihren Ansprüchen über diese Fragen. Streunlich und lobenswerth war der zahlreiche Besuch der Feilenarbeiter; die Kollegen der anderen Branchen wählten sich ein Beispiel daran nehmen und bei der nächsten Versammlung auch so stark vertreten sein.

Aus Schwabach, d. d. 27. Mai 1897, erhalten wir folgende Mitteilung: Die in Nr. 21 der „M. A. Z.“ enthaltene Mitteilung bezüglich der Güter der Firma Gebr. Drechsler in Schwabach beruht auf Unwahrheit. Es ist unklar, daß in unserer Güter Ueberstunden gemacht werden nach gemacht wurden; es ist ferner unklar, daß die Formel daselbst in Accord arbeiten noch gearbeitet haben.

Schwabach. Ausstand in den Gussstahlwerken. Die bereits bekannt, sind die Arbeiter der Schwabacher Gussstahlwerke am 24. Mai in einem Ausstand eingetreten. Der Anlaß hierzu wurde am 17. Mai dadurch gegeben, daß an diesem Tage von den nachmittags arbeitenden Leuten 28 Mann entlassen wurden, wovon der größte Theil verheiratet und nach Aussage des Herrn Betriebsleiters Fries fleißig und eingeschult war. Daraufhin wurde von Seite der Verwaltung des D. M. V. ein Donnerstag und Sonntag je eine Besprechung mit Herrn Fries abgehalten, wobei derselbe das Versprechen gab, sämtliche Arbeiter, die Ausgesperrten mit einbezogen, zur Hälfte von Früh 4 bis 1 Uhr und zur Hälfte von 1 bis 10 Uhr mit 30 Minuten Beurlaubung auf ca. 14 Tage zu beschäftigen und dann das alte Verhältnis wieder herzustellen. Nachdem die Geschäftsleitung diesen Beschluß aber wieder umgeworfen hatte und die Leute nur noch und nach einstellten wollte, traten die gelehrten Arbeiter (Schlosser und Dreher) für ihre ungerathenen Kollegen ein und versprachen nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihnen ihr Recht und damit wieder Arbeit geworden ist. Dies sprachen nun auch die übrigen noch beschäftigten Hilfsarbeiter an, auch ihrerseits für die Kollegen einzutreten und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Am Montag, den 24. Mai, frag man bei der Geschäftsleitung Früh 6 Uhr nochmals an, ob sie die Maßregelung aufheben wolle; allein unpositt. Damit war das Signal zum Ausstand gegeben und so haben sich denn 53 Arbeiter (27 Verheiratete mit 55 Kindern und 26 ledige) zusammengesetzt, um den Gemüßregelten zum Siege zu ver-

helfen. Gleichzeitig wurde nun auch die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit gefordert und das Verlangen eines Minimallohnes von 30 J für Schlosser und Dreher, sowie 25 J für Hilfsarbeiter pro Stunde gestellt.

Stuttgart. Die Arbeiter der Süddeutschen Maschinenbauanstalt und Febertriebwerkefabrik J. C. Gerhardt haben ihre Forderungen eingereicht. Es wird er- sucht, Bezug fernzuhalten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Mannheim. Der Streik der hiesigen Hauschlosser ist, wie schon gemeldet, zu Gunsten der Gehilfen beendet. Elf Tage haben die Meister sich zurückhaltend gezeigt, dieselben wollten mit keiner Kommission unterhandeln. Als sie aber sahen, daß es Ernst wurde und sie es mit einer organisierten Masse zu thun hatten (es sind nämlich 76 Mann organisiert), da ging ihnen ein Seltensieber auf; sie luden dann die Lohnkommission ein, mit ihrer Kommission zu unterhandeln. Es ist vor Allem dem sachlichen und energiegelassen Vorgehen unseres Vorstehers zu verdanken, daß unsere Forderungen bis auf eine kleine Minderung des verlangten Minimallohnes von 30 auf 28 J durchgingen; die anderen Forderungen sind bewilligt. — Setzt noch ein Wort an die Mannheimer Kollegen. Organisiert Euch alle, besucht fleißig die Versammlungen, agitirt überall, damit wir sämtliche Hauschlosser in den Verband bekommen, dann werden die Meister sich wohlweislich hüten, von den bewilligten Forderungen wieder etwas abzugeben.

Schläger.

Dresden. Am 22. Mai hielten die Metallschläger und Auslegerinnen eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Sindermann hielt einen Vortrag über das Bergbauwesen. Beim 2. Punkt „Gewerkschaftliches“ verwarnte sich das ehemalige Streikkomitee gegen die ungerathenen Verbädigungen einiger Kollegen. Darauf entspann sich eine rege Diskussion zwischen Genosse Sindermann und einem Verbandskollegen über die Vor- und Nachtheile der Arbeitslosenunterstützung, welche aber der vorgerückten Zeit halber nicht zu Ende geführt werden konnte. Es wurde beschlossen, dieses Thema auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Zinngießer.

München. Öffentliche Zinngießer-Versammlung am 27. Mai. Tagesordnung: Die Vorkommission in der Werkstätte J. Reinemann. Nach der Wahl des Bureaus erstattete Kollege Schiller, welcher im betreffenden Geschäft gemüßregelt wurde, Bericht über den ganzen Sachverhalt. Diese Firma habe es sich zum Prinzip gemacht, bei größeren Partien immer wieder die Alltagslöhne zu kürzen, obwohl jetzt schon die Stillschickerei im Allgemeinen die niedrigsten sind. Als Mitglied des Arbeiterausschusses hatte Sch. die Aufgabe, die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, wodurch er sich schon seit längerer Zeit die Mißliebigkeit des Prinzipals erworben hat. Bei einem kürzlich mißglückten Versuch, die Stillschickerei abzuwehren, erhielt diese Mißgunst ihren Höhepunkt. Kurze Zeit darauf erhielt Sch. seine Kündigung. Zu dieser Frage wurde in einer Sektionsversammlung Stellung genommen, weil die Kollegen der Ueberzeugung sind, daß diese Entlassung eine direkte Maßregelung ist. Es wurden drei Kollegen beauftragt, bei dem Fabrikanten vorstellig zu werden. In der öffentlichen Versammlung erstatteten die Kollegen Bericht über den Verlauf der Unterredung mit dem Geschäftsinhaber Otto Wöwenstein, welcher sich der Kommission gegenüber äußerte, daß er Schiller als Arbeiter das beste Zeugnis ausstellen müsse, aber es paßte ihm nur sein so selbständiges Auftreten nicht. Herr Wöwenstein wurde ersucht, die Kündigung rückgängig zu machen, bevor die Sache weiter verhandelt werde, was er aber absolut ablehnte! — Im Laufe der Debatte stellte sich heraus, daß nicht nur allein Schiller es ist, der auf das Korn genommen wurde, sondern daß dieser Entlassung noch weitere folgen werden, speziell unsere Organisierten werden dieses zu kosten haben. Ferner wurde geschilbert, wie dieser Fabrikant es anstellt, um eine Lohnkürzung durchzuführen, indem er darauf hinweist, der betreffende Arbeiter solle zuerst seine Frau fragen, er solle bedenken, daß er vier Kinder habe, bevor er sage, daß er in diesem Preis die Arbeit nicht liefern könne. Er denkt aber nicht, daß er durch seine Handlungsweise den Kindern den Brodkorb höher hängt. Ferner wurde das Auftreten des Geschäftsführers Ruffhard, welcher übrigens ein sehr frommer Mann ist (er ließ sich schon einmal in einem katholischen Verein im Passionsspiel als Christus an's Kreuz schlagen), scharf gezeißelt. Derselbe erhebt täglich gegen die verheirateten Arbeiter die Bemerkung, daß sie überhaupt nichts mehr zu sagen, sondern zu kuscheln und zu thun haben was „ganz einfach verlangt wird“. Die Versammlung kam zu dem Resultat, daß gegen die Entlassung Schiller's und gegen eine solche Behandlung energigig Front gemacht werden muß und nahm folgende Resolution an: „Die heutige öffentliche Zinngießer-Versammlung erklärt sich mit dem Kollegen Schiller solidarisch und fordert, daß die Kündigung zurückgenommen wird; ferner erklären die Kollegen von der Werkstätte J. Reinemann, daß sie gewillt sind, den ängstlichen Kampf zu führen, um die Verhältnisse angelegenheiten endgiltig zu regeln. Ferner versprechen die heutigen Versammelten, daß sie Mann für Mann durch festen Zusammenschluß etwas zu erreichen ist.“ — Nachschrift. Als nach einer vorhergegangenen Werkstättenversammlung am 29. Mai, Früh, die Arbeiter kündigen wollten, wurde ihnen nahe gelegt, daß sie gleich aufhören könnten, was sie auch thaten. Es haben 13 Mann die Arbeit niedergelegt. Kollegen allerorts, bekundet Euer Solidaritätsgefühl, haltet in erster Linie den Bezug fern. Bei jeder Geschäftsbesprechung ist eine lange Dauer des Ausstandes ausgeschlossen, weil wir hoffen, daß, wenn auch der Fabrikant hartnäckig sein sollte, die Leute anderswo untergebracht werden können. Anfragen u. sind zu richten an Karl Sollenbals, Kohlstraße 5, 11.

Feilenhauer.

Berlin. Die reisenden sowie die hiesigen Kollegen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das Umschauen für Berlin und Umgebung bei Entziehung der Reiseunterstützung verboten ist. Der Arbeitsnachweis befördert sich nach wie vor bei Kollege Fritsch Seeger, Berlin N., Garten-

straße 18, vorn im Keller. Dasselbst wird den organisierten Zugereisten ein Ertragesanteil von 50 % ausgehändigt.
Uebert. In Nr. 21 ist ein Irrthum unterlaufen; es muß da heißen: auf große Grob- und große Bastard 24 M, auf kleine und Mittelforten 19 M Minimallohn. Bis jetzt hat ein Arbeitgeber bewilligt. Kollege Janich aus Düsseldorf bezeichnete die Worbefähigkeit und Wohnbedingungen als mäßig, es werden die Fellenhauer auch nicht mehr für den alten Preis arbeiten.

Abrechnung

der Agitationskommission der Metallarbeiter für das Grenzth. Braunschweig und angrenz. Bezirke vom 1. April 1896 bis 31. März 1897.

| Einnahmen. | | № | 3 |
|---------------|---|-------|----|
| 1. April 1896 | Kassenbestand von 1895/96. | 93 | 49 |
| 5. " | " Abonnementgeld der Braunschweiger Schlosser | 6 | — |
| 5. " | " Quart.-Beitr. v. Hildesheim 1. Qu. 1895 | 4 | 40 |
| 5. " | " Beitrag v. Königslutter 3. Qu. 1895 bis 1. Qu. 1896 | 1 | 80 |
| 6. " | " Von J. M. B. | 1 | — |
| 25. " | " Beitr. d. Braunsch. Schl. 1. Qu. 1896 | 10 | 53 |
| 28. Juni " | " Klemperer 1. u. 2. Quartal 1896 | 5 | — |
| 28. " | " Beitr. von Peine 2-3. Qu. 1896 | 5 | — |
| 4. Juli " | " b. Braunsch. Schl. 2. Qu. 1896 | 11 | 90 |
| 11. " | " v. Helmstedt 4. Quartal 1895 | 3 | — |
| 17. " | " 1. Quartal 1896 | 3 | — |
| 5. Okt. " | " Vom Hauptvorstand | 100 | — |
| 5. " | " Beitr. d. Braunsch. Schl. 3. Qu. 1896 | 12 | 35 |
| 5. " | " Abonnementgeld d. Braunsch. Schl. | 5 | 60 |
| 1. Jan. 1897 | " Beitr. d. Braunsch. Schl. 4. Qu. 1896 | 10 | — |
| 1. " | " Klemperer 3. und 4. Quartal 1896 | 4 | — |
| 30. März " | " Von den Schmieden Braunsch. | 10 | — |
| Summa | | № 286 | 87 |
| Ausgaben. | | № | 3 |
| 1. | Personliche | 110 | 10 |
| 2. | Sächliche | 112 | 65 |
| 3. | Portis | 12 | 47 |
| Summa | | № 235 | 22 |

Bilance.

Einnahme M 286,87
 Ausgabe M 235,22
 Kassenbestand M 51,65.

Abrechnung über die Broschüre: „Die Lage der Metallarbeiter Braunschweigs.“

Hergestellt 2001 Exemplare, noch vorhanden 955, ausstehend 142, Freieempl. 86, verkauft 818 à 20 = M 163,60; hievon ab für Buchhändler-Prozente M 3,34, bleibt Erlös M 160,26. Hierzu: Ubriger Kassenbestand von M 51,65, Aufschuß der Braunschweiger Sektionen M 80, Summa M 291,91. Druckkosten der Broschüre 263. Mithin Kassenbestand M 28,91. Diese Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden: Karl Unverzagt, H. Kiemper, Adam Schulz, Hugo Werstenhauer.

Die neue Agitationskommission ist bereits gewählt und ist Obmann derselben Paul Käthe, Braunschweig, Königst. 15, l. Alle Buchschriften und Geldsendungen sind von jetzt ab nur an diesen zu richten.

Der Schriftführer Kollege will ich auf ihre Korrespondenz nur kurz erwidern, daß ich doch wohl nichts dafür kann, wenn Reichard-Dresden fest zusagt und dann doch nicht hinfährt. Ich habe bis jetzt geglaubt, derselbe sei dagewesen und Alles sei in Ordnung.

Mit kollegialem Gruß

H. Brode,
 Hagenbrücke 12, Braunschweig.

*) Hierzu ist zu bemerken, daß von Peine am 18. Nov. 1896 für das 4. Quartal 1896 M 2,50 bezahlt sind, welche in Folge eines Irrthums zu buchen vergessen wurden. Dieselben kommen in der Abrechnung des laufenden Jahres.

An die auf Grund der Arbeiter-Verfassungsgesetze gewählten Arbeitervertreter im deutschen Reich!

Werthe Kollegen!

Auf Grund der §§ 41 und 87 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 findet in diesem Jahre die Wahl der nichtständigen Mitglieder und deren Stellvertreter zum Reichs-Versicherungsamte statt. Dieselbe wird von den auf Grund dieses Gesetzes (§§ 41-44) gewählten Arbeitervertretern vollzogen.

Diese Neuwahl wurde, nach den vorhergehenden Wahlen zu urtheilen, gewöhnlich in den Monaten Juni, Juli und August vorgenommen; es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch die diesjährige Wahl in dieser Zeit stattfindet.

Der „Berliner Arbeiter-Vertreter-Verein“ hatte die Wahl im Jahre 1893 in der geschehenen Weise in die Wege geleitet und ist der Ansicht, daß dieses im Interesse unserer Arbeiterschaft in diesem Jahre ebenfalls empfehllich. Demzufolge sind auch schon diesbezügliche Anfragen von den größeren Städten in diesem Jahre an den genannten Verein gestellt:

1. Um eine einheitliche Kandidatenliste aufzustellen, da hierdurch eine größere Stimmenzerstreuung vermieden wird.
2. Um Vertreter aus den verschiedenen Provinzen und Bezirken heranzuziehen und
3. wenn möglich, bekannte und geeignete Vertreter zu empfehlen.

Wir richten daher an alle Arbeitervertreter, Krankenkassen resp. Gewerkschaften (freie Hilfskassen sind vorläufig hievon ausgeschlossen) die Bitte, hauptsächlich in den größeren Städten, daß sie sich über die in Vorschlag zu bringenden Personen verständigen mögen und uns die Vorschläge baldmöglichst zuwenden, damit wir zur geeigneten Zeit die Kandidatenliste aufstellen und jedem Vertreter zuwenden können.

In Vorschlag sind nur solche Personen zu bringen, welche den §§ 41-44 des Unfallgesetzes genügen und ebenfalls schon in einem auf Grund dieses Gesetzes bestanden

Organe, z. B. als Schiedsgerichtsbeisitzer, thätig gewesen sind.

Wir wollen noch bemerken, daß bei der letzten Wahl vielfach die Ansicht vorherrschend war, daß, wenn sich Arbeiter als Stellvertreter des nichtständigen Mitgliedes wählen lassen, sie nicht so oft in die Lage kommen, dieselben vertreten zu müssen; dem ist jedoch nicht so. Es bleibt sich ganz gleich, ob man als nichtständiges Mitglied oder als Stellvertreter gewählt ist, es werden die letzteren ebenso wie die ersteren zu den Sitzungen, allvierteljährlich, gleichmäßig herangezogen. Es mögen also die Vorschlagenden sich dieses vor Augen führen, ob sie vielleicht durch die Wahrnehmung dieses Amtes etwa in die Lage kommen könnten, ihre vielleicht schon lange Jahre inne gehabte Arbeit zu verlieren.

Wir haben denn auch bei den letzten Wahlen die Erfahrung machen müssen, daß Einige, aus Besorgniß, die Arbeit zu verlieren, ihr Amt nicht vertreten haben, und andere, die es dennoch thaten, ihre Arbeitsstelle, in welcher sie schon ein Menschenalter zugebracht hatten, aus irgend einem anderen vorgeschobenen Grunde verlassen mußten und nun alt und grau auf das Straßenspflaster geworfen wurden. Im Weiteren möge sich auch ein Jeder fragen, ob er sich in der Lage befindet, immer auf gewisse Zeit seine Familie zu verlassen.

Die Vorwahlen sind sobald als möglich vorzunehmen und von den in Vorschlag zu bringenden Kandidaten die Absichten an den Unterzeichneten einzusenden. Es muß angegeben werden: Vor- und Zuname, Stand, Wohnung, Ort; wann als Arbeitervertreter gewählt, für welche Berufsgenossenschaft. Bekleidet der Betreffende bereits ein Amt auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung, z. B. als Klassenvorstandsmitglied oder Schiedsgerichtsbeisitzer usw. Wir ersuchen daher die Betreffenden allerorts, die Sache in die Hand zu nehmen und gewünschtes Material einzusenden.

Der Vorstand des Berliner Arbeitervertretervereins.
 J. A.: Eugen Simanowski, Vorsitzender,
 Berlin N., Gartenstr. 78, Portal II, 2 Treppen.

Gerichts-Zeitung.

* Unter „Metallarbeiter“ finden die Leser in heutiger Nummer den Tenor eines Urtheils gegen den Redakteur d. Bl., welches in der Sache Kühn in Chemnitz vom dortigen Schöffengerichte am 7. April gefällt wurde. Wir hatten zunächst dagegen Berufung eingelegt, zogen dieselbe jedoch nach Erhalt des ausgefertigten Urtheils zurück, da ein Erfolg nicht zu erhoffen war. Der Prozeß zeitigte jedoch trotzdem das Gute, daß wir über die Höhe der Chemnitzer Nadelarbeiter authentisches Material erhielten. Wir werden daselbe in einer der nächsten Nummern zum Besten geben.

Münchberg. In Nr. 5 der „M.-A.-Ztg.“ vom 30. Januar d. J. befand sich unter der Rubrik „Fellenhauer“ folgende Notiz: „Bremen. Vor Zuzug nach der Werkstatt des Fellenhauermeisters Niesel, Eibenstraße, wird gewarnt.“ — Wegen dieser Notiz stellte der Fellenhauermeister Niesel, dem dieser war gemeint, die Verhaftung gegen den Redakteur J. Scherm, welche am 28. Mai vor dem Schöffengerichte Münchberg zur Verhandlung kam. Kläger behauptete, diese Bemerkung in Nr. 5 enthalte eine Beleidigung und sei ferner eine Thatfache, die ihn verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sei, indem sie den Anschein erwecke, daß er keine Gefellen ungerecht oder ungebührlich behandelt habe. Vom Angeklagten und seinem Verteidiger wurde ausgeführt, daß die Notiz nur in Wahrheit berechtigter Interessen angenommen sei, denn Thatächlich hätte Niesel einem Gefellen nicht den versprochenen Lohn gezahlt. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Fellenhauer Thomy (jetzt in Lübeck und dort kommissarisch als Zeuge vernommen) unter Eid aus sagte, daß er mit Niesel, als er 14 Tage bei ihm beschäftigt war, ausmachte, daß er bis Weihnachten 16,50 M und nach Weihnachten 18 M Lohn bekomme. Es erhielt aber auch nach Weihnachten nur 16,50 M, nur die letzte Woche vor seinem Weggang habe er 17,50 M bekommen. — Zu demselben Zeitpunkte hatte der Fellenhauer Niemann die Arbeit bei N. verlassen, weil er ihm keine Lohnverhöhung bewilligt hatte. In Folge dieser Vorannahme erschien die erwähnte Notiz in der „M.-A.-Ztg.“ — Der klägerische Vertreter argumentierte in der Verhandlung damit, daß durch diese Warnung vor Zuzug, ohne daß der Grund angegeben sei, der Phantasie der Leser der weiteste Spielraum gegeben sei. Beklagter führte u. A. aus, daß wenn derartige Notizen strafbar wären, der § 152 der C.-O. für die Arbeiter zum Theil illusorisch sei. Wirklich lautete das Urtheil: 50 M Geldstrafe u. Gründe: Da die Warnung nicht den mindesten Grund angebe, sei die Absicht der Beleidigung erkennbar. Nach § 193 der M.-A.-Z. könne nicht angerufen werden, da eine derartige Notiz die Deutung zulasse, als ob man es mit einem Menschen zu thun habe, mit dem man nicht in Geschäftsverbindung treten könne. — Gegen dieses Urtheil ist bereits Berufung eingelegt.

Reichsversicherungsamt und Fivobezirker. Der Reuener Besessene arbeitete im April vorigen Jahres in Steglitz. Er hatte sich dem Streik seiner Kollegen nicht angeschlossen. Beim Betreten seiner Arbeitsstelle erhielt er am 25. April Morgens 6 Uhr plötzlich von hinten einen sehr heftigen Schlag, wahrscheinlich vermittelt eines Gummischlauchs, so daß er die Besinnung verlor. Zwei seiner Mitarbeiter sahen einen jungen Mann eilig davon rennen, sie unterließen aber dessen Verfolgung, weil sie durch unfreundliche Reden von Streikenden, die sich am Bauzaun aufhielten, zurückgeschreckt wurden. Es soll z. B. die Wendung gebrannt worden sein, sie sollten nur nicht herauskommen, sie bekämen sonst auch Hiebe. — Die Baugewerkschaftsgenossenschaft lehnte es ab, dem sehr schwer in seiner Gesundheit gefährdeten L. eine Unfallrente zu geben. Sie vertrat den Standpunkt, daß eine vorläufige Körperverletzung vorliege, die mit dem Baubetriebe nichts zu thun habe. Dagegen sprachen das Schiedsgericht und das Reichs-Versicherungsamt den Kläger die Rente zu. Das Reichsgericht schloß aus den obwaltenden Umständen, daß der Schlag gegen L. nur von einem Streikenden geführt sein könne, und zwar deswegen, weil L. sich nicht am Streik betheiligte. Alle anderen Annahmen sind nach der Ueberzeugung des Reichsversicherungsamtes durch die erwähnte Situation ausgeschlossen. Es führte aus, die Verhinderung der Verfolgung des Täters durch die Streikenden und speziell deren Keuerungen dokoi wegen ganz ungewöhnlich erkennen, daß eine Gemeinsamkeit

der Interessen zwischen ihnen und dem Davongelaufenen bestand. Die Absicht des Ueberfalls sei lediglich aus dem Verlangen der Streikenden herzuleiten, ihr Mitleiden an den weiterarbeitenden Genossen zu kühlen. Auch habe der Schläger sicher in der zurückgehenden Voraussicht gehandelt, daß die am Bauzaun befindlichen Streikenden seine That billigen würden. Treffe das aber zu, dann müsse das Vorliegen eines Betriebsunfalles angenommen werden. Durch Streiks wollten die Streikenden bei ihrem Arbeitgeber Vortheile erzielen. Je vollständiger nun die Betriebsunterbrechung sich gestalte, je mehr sei auf den gewünschten Erfolg zu rechnen. Die günstigen Ausichten würden in dem Maße abgeschwächt, in dem andere Arbeiter die Arbeit fortsetzten. Die Streikenden kämen so zu der Auffassung, daß diejenigen, die weiter arbeiteten, die gemeinsame Sache schädigten. Erfahrungsgemäß werde hierdurch eine große Erbitterung der Streikenden hervorgerufen, die noch gesteigert werde durch die Entbehrung, welche sich die Streikenden um ihrer Sache willen auferlegten. Für diejenigen, die während eines Streiks arbeiten, erwache damit aus ihrer Thätigkeit beim Betriebe die persönliche Gefahr, daß diese Erbitterung einmal zu Thätigkeiten gegen sie ausarten könne. Für Bauarbeiter sei bei der Eigenart des Baubetriebes diese Gefahr ganz besonders vorhanden, da die beim Streik nicht betheiligten Arbeiter ihre den Streikenden anstößige Arbeit vor deren Augen verrichten müßten. Dieser Gefahr ist der Kläger zum Opfer gefallen, als er im Begriffe war, die Arbeit aufzunehmen. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Betrieb und Unfall sei nicht verkennbar.

Vermischtes.

Ein Kongreß der lokalorganisierten Arbeiter Deutschlands fand vom 17. bis 20. Mai in Halle a. S. statt. Eröffnet wurde derselbe durch Blaurot = Berlin mit dem Wunsch, daß das gesteckte Ziel: Zusammenfluß der lokalorganisierten Gewerkschaften, erreicht werden möge. Anwesend waren 38 Delegierte, und zwar aus Berlin, Jüterbog, Königsberg i. Pr., Halle a. S., Solingen, Chemnitz, Leipzig, Vernigerode, Osterwieck, Braunschweig, Breslau, Stettin, Fürstenwalde. Vertreten waren folgende Gewerkschaften: Maurer, Zimmerer, Kupfer, Messerschmiede, Kesselschmiede, Glaser, Bäcker, Klemperer, Tapezierer, Musikinstrumenten-Arbeiter, allgemeine Arbeiter und Arbeiterinnen, Fabrikarbeiter, Händler, Handelshilfsarbeiter.

Neben dem ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Stellung der Gewerkschaften zur Politik“, referierte Kessler-Berlin. Die Diskussion endete mit der Annahme folgender Resolution:

1. In Erwägung: 1. Daß der sogenannte gewerkschaftliche Kampf um Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heute bestehenden Ordnung nicht geführt werden kann, ohne das Verhältnis der Arbeiter zu dem heutigen Staat und seinen Organen der Gesetzgebung und Verwaltung scharf und bestimmt zu berühren;

2. Daß der gewerkschaftliche Kampf also von dem politischen Kampf um die politische F. ist und deren Erweiterung nicht zu trennen ist;

3. Daß weder eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter noch eine genügende Vermehrung ihrer Rechte von der Humanität oder von dem guten Willen der heutigen Gesellschaft zu erwarten ist, sondern anerkanntermaßen nur der Kampf um die politische F. ist und deren Erweiterung nicht zu trennen ist;

4. Daß dieser Kampf aber nur dann mit dem nötigen Nachdruck und der nötigen Einheitlichkeit von den Arbeitern geführt werden kann, wenn er in seinem Charakter als Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeutung erkannt und geführt wird;

5. Daß dieser notwendige und unvermeidliche Klassenkampf nur unter engen und beschränkten Anschluß an die Grundzüge und Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann, erklärt der zu Halle a. S. tagende erste Kongreß der lokalorganisierten und auf dem Boden des Vertrauensmänner-systems zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands:

1. Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne dem Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung ausichtslos zu machen und zu lähmen.

2. Daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen bestrebt sind, als arbeitersfeindliche zu betrachten sind.

3. Daß Organisationsformen der gewerkschaftlichen Bewegung, die sie in dem Kampfe um die politischen Ziele hindern, als fehlerhaft und verwerflich zu betrachten sind. Der Kongreß sieht in der Form der Organisation, die sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Kongreß zu Halle a. S. 1890 gegeben hat, mit Rücksicht auf die bestehende Vereinsgesetzgebung auch für die gewerkschaftliche Organisation die zweckmäßigste und beste Einrichtung zur Verfolgung aller Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

Zum zweiten Punkt: Zusammenfluß der lokalorganisierten oder auf Grund des Vertrauensmänner-systems zentralisierten Gewerkschaften, gelangte nach einem Referat von Niesel-Braunschweig und nach längerer Diskussion folgender Beschluß zur Annahme: „Der Kongreß beschließt: 1. Eine Zentralkommission von fünf Personen mit dem Sitz in Berlin zu wählen, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den lokalorganisierten oder nach dem Vertrauensmänner-system zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen, auch die Interessen dieser Organisation nach außen durch die Presse zu vertreten. 2. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, an jedem Orte neben der Fachorganisation einen Vertrauensmann in öffentlicher Verantwortung zu wählen, welcher die Sammlungen zum Agitationsfonds zu leiten und sämtliche Verbindungen nach den Bezirken des Kongresses zu regeln hat. Die Höhe der Beiträge zum gemeinsamen Agitationsfonds resp. Streikfonds bestimmt jeder Ort und Beruf selbst. 3. Der Kongreß proklamiert die unbedingte Solidarität der lokalorganisierten Arbeiter mit allen Arbeitern ohne Rücksicht auf die Organisation, sowie die politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Ausübung der Arbeiter werden sie, diesem Grundsatze gemäß, nach besten

Kräften unterstützen. 4. Es soll eine Broschüre ausgearbeitet und verbreitet werden, die das Wesen und die Form der lokalen Organisationen und der Vertrauensmänner-Zentralisation gemeinverständlich darstellt und die erforderlichen Anweisungen zur Bildung solcher Organisationen gibt.

Zum Punkt „Presse“ wurde folgende Resolution angenommen: Für alle Lokalorganisationen oder auf Grund des Vertrauensmänner-Systems zentralisierten Gewerkschaften ist eine Zeitung zu gründen, welche die geistigen und materiellen Interessen obiger Gewerkschaften vertritt, und zwar durch Artikel wissenschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts, durch kurze vierteljährliche Situationsberichte über die Tätigkeit der einzelnen Organisationen und Vertrauensleute, durch gewissenhafte Berichte über Streiks, Aussperrungen etc.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: Agitation, referierte Thiemer-Berlin. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche erklärt, daß die seitens der Geschäftskommission zu betreibende Agitation nur die Solidarität fördern, und alles, was den Anschein erwecken könne, als wolle man die Zentralverbände bekämpfen, auf das Strengste zu vermeiden werde.

Man sieht aus den letzteren Resolutionen, daß die Gegner der Verbände doch nicht um die Zentralisationsform herumkommen können. Diese Resolutionen bilden auch inhaltlich einen Gegenatz zu der sonstigen scharfen Bekämpfung der Zentralverbände.

Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in den Werkstätten der Schweizerischen Nordostbahn. Die neue Lohnordnung für die Werkstätten der Nordostbahn, die von der Direktion den Arbeitern vorgelegt wurde, bestimmt: Die Anstellung der Arbeiter in den Werkstätten der Nordostbahn geschieht im Stundenlohn, wobei als normaler Arbeitstag in regelmäßigen Diensten die zehnstündige Arbeitszeit zwischen 6 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends gilt. Für Ueberzeit wird zum Lohn ein Zuschlag von 25 Prozent vergütet. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt alle 14 Tage. Lohnaufbesserungen sind an die Bedingung geknüpft, daß Verhalten und Leistungen des Arbeiters befriedigende und dessen geistige und körperliche Fähigkeiten in entsprechendem Maße vorhanden seien. Auf Arbeiter unter 21 und über 60 Jahren, deren geistige oder körperliche Fähigkeiten nicht in entsprechendem Maße vorhanden sind, findet diese Lohnordnung keine Anwendung. (Die Begrenzung mit 60 Jahren nach oben wird von den Arbeitern beantragt und eine Versammlung derselben hat die Streichung dieser Begrenzung verlangt.) Die Arbeiter werden in folgende drei Kategorien eingeteilt: 1. Handwerker, 2. Handwerkergehilfen und Arbeiter an Maschinen, 3. Handlanger. In die erste Kategorie können nur solche Arbeiter eingestellt werden, welche sich über genügende Lehrzeit und genügende Fähigkeiten in ihrem Berufe ausweisen. Die Eignung der Arbeiter erfolgt nach folgenden Normen: Arbeiter 1. Kategorie, Minimum 44 Rp., Maximum 70 Rp.; Arbeiter 2. Kategorie, Minimum 40 Rp., Maximum 52 Rp.; Arbeiter 3. Kategorie, Minimum 38 Rp., Maximum 44 Rp. Die normalen Aufbesserungen erfolgen jeweils nach zwei Jahren auf den Anfang eines Kalenderjahres und sind, wie folgt, festgesetzt: 1. Kategorie 4 Rp. bis zur Erreichung eines Stundenlohnes von 60 Rp., 2. Kategorie 2 Rp. bis zur Erreichung eines Stundenlohnes von 48 Rp., 3. Kategorie 1 Rp. bis zur Erreichung eines Stundenlohnes von 42 Rp. Ueber diese Lohnsätze hinausgehende Aufbesserung, eventuell bis zu den einzelnen Kategorien festgesetzten Maxima, können vom Vorstand der Werkstätten nach Anhörung der betreffenden Werkstättenorgane angeordnet werden, wobei nebst der Wichtigkeit der dienstlichen Stellung vor allem die individuellen Fähigkeiten und Leistungen der Arbeiter in Betracht zu ziehen sind. Für ständige Arbeiter, deren Anstellung in die erste Hälfte eines Kalenderjahres fällt, erfolgt die erste ordentliche Lohnerhöhung am zweitnächsten folgenden Januar, bezw. am ersten Zahlungstage des zweitnächsten Kalenderjahres; für nach dem 30. Juni eingetretene tritt sie am drittnächsten 1. Januar, bezw. am 1. Zahlungstage des drittnächsten Kalenderjahres ein. Die Afford- und Stützpreise werden von dem Chef und dem am Afford beteiligten Arbeiter vereinbart und diesen letzteren auf Wunsch schriftlich bestätigt. Kein Arbeiter darf zur Affordarbeit gezwungen werden. Dieses Regulativ tritt mit 1. Juli 1897 in Kraft in der Meinung, daß auf diesen Zeitpunkt die obengenannten Minimallohne in Kraft treten, daß auf diesen Zeitpunkt die erste Lohnerhöhung von 4, 2 und 1 R., einzutreten hat gemäß den obengenannten Lohnaufbesserungen und daß mindestens der Minimallohn erreicht wird, die zweite Lohnerhöhung tritt am 1. Januar 1899 ein und von da an bis zur Erreichung des obengenannten Maximums erfolgt eine solche alle zwei Jahre; daß für diese erstmalige Aufbesserung nur solche ständige Arbeiter in Betracht fallen, welche seit 1. Juli 1896 oder länger ununterbrochen angestellt sind, in dem Sinne jedoch, daß die Genannten die obengenannten Minimallohne erreichen sollen. Ergibt sich mit Rücksicht auf vorstehende Bestimmungen in einzelnen Fällen nach einer oder mehreren Erhöhungen ein reglementarischer Betrag zwischen dem erhöhten Lohn und dem Maximum eine Differenz, welche geringer ist als ein reglementarischer Erhöhungsbetrag, so gilt diese Differenz als letzte Erhöhung, welche den gleichen Regeln folgt, wie die Erhöhungen in normalen Beträgen.

Briefkasten.

F. Sch., Würzburg. Wir bitten um Angabe der Adresse, da wir Ihnen brisante Mitteilungen zu machen haben. Feilenhauer J. S., Biel. Das Inserat findet keine Aufnahme, die Karten gehen zur Verfügung.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Löwen“. Altona. Mittwoch, 9. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Meier, Ecke Wilhelm- und Hospitalstr. Bremen. Am 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Hühn, Fischertalerstr. 19. Braunschweig. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Sonnabend, 12. Juni, in der „Englischen Krone“. Vortrag von Gen. Ahmann. Unsere Bibliothek. Cassel. (Allg.) Am 5. Juni keine Versammlung. Dessau. Sonnabend, 12. Juni, Abends 8 Uhr, bei Müller, Friedhofstr. 14. Durlach. Samstag, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Festhalle“. Vortrag. — In Aue treffen sich die Kollegen am 7. Juni, Vorm. 10 Uhr, in der „Blume“. Düsseldorf. (Allg.) Sonnabend, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Schwarz, Vortrag von Gen. Hinde-Bohwinkel. Düsseldorf. (Sektion der Dreher.) Samstag, 5. Juni, bei Kreuzer, Zimmermannstr. 38. Flensburg. (Allg.) Sonnabend, 12. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus „Hohelust“. Diskussion zu der Berichtserstattung von der Generalversammlung. Frankenthal. Samstag, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im oberen Saale des Herrn Gröfzinger. Greiz i. V. Sonnabend, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Zahlabend bei Mößke, Partgasse. Hamburg-Born. Sonnabend, 12. Juni, bei Mühs, Horner Landstr. — Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Hameln. Am 7. Juni der Pfingstfeiertage wegen keine Versammlung. Nächste Montag, 14. Juni. Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Kutsche, Passage-Restaurant. Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Grending, Lange Str. 2. Heidelberg. Samstag, 5. Juni, Abds. 8 Uhr. Ausflug. Streif der Spengler und Installateure. Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Eichenstr. 26. Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Goldnen Kreuz“ (Rudwigplatz). Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 5. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Hüter“. Linden-Hannover. (Sektion der Feilenhauer und Schleifer.) Sonnabend, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Neuen Welt“. — Am 19. Juni findet keine Versammlung statt. Ludenwalde. Montag, 14. Juni, Abds. 8 Uhr, bei D. Sühz, Keltgerstr. 34. Nürnberg. (Allg. Zahlstelle.) Samstag, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Herzog, Reuthorstr. — Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, den 5. Juni, im Bierbr., Döschmannsplatz. Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Jannertal“. Peine. Sonnabend, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Hartgenstein. Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften und ihre nächste Aufgabe. Paderborn. Sonnabend, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr. Vortrag des Kollegen Meyer über: Das Reabdritterthum der alten und neuen Zeit. Reutlingen. Samstag, 5. Juni, Abds. 8 Uhr, bei Köpfer, zum Gerbertthor. Vortrag von Kollege Boger. Hoflan. Sonnabend, 12. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Schreiber, Felsstr. 24. Scharnhorst. Samstag, 5. Juni, Abds. 8 Uhr, im Restaurant „Nüße“. Schwelm. Samstag, 5. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Karl Ehinghaus. Vorlesung. Antrag vom Kartell auf Erhöhung der Beiträge. Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 5. Juni, im „Hirsch“, Saal 5. Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 5. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Hirsch“. Vortrag von Kollege Herrmann über: Die vorjährigen Erwerbsverhältnisse und wie werden sie eingehend? Sonntagspaziergang. Würzen. Sonnabend, 5. Juni, Zahlabend in „Stadt Wien“. — Bibliothek geöffnet. Altona. Unser Sommerbergnügen findet am 4. Juli in Nienstedten statt. Bremen. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: Karl Wilms, Rudolphstr. 164. Berlin. Der Feilenhauer Max Schaaf aus Königsberg i. Pr. wird ersucht, Unterzeichneten seine Adresse anzugeben. Fritz Seeger, Berlin N, Gartenstr. 13. Braunschweig. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Wilh. Linnig, Delschlagern 27, p. r. Finkenwalde. Der Former Otto Arndt, geb. am 18. April 1850 zu Berlin, B. Nr. 22 073, wird aufgefordert, seinen Beschäftigungsgegenstand gegen die Verwaltung Finkenwalde nachzukommern. — Die Former Max Zahn, B. Nr. 134 314, aus Hrasenberg, Paul Söllert, B. Nr. 11 039, aus Berlin, Richard Kowatz, B. Nr. 131 500, aus Königsberg, Martin Kuchler, B. Nr. 96 561, aus Köstlin, der Schlosser Hermann Schurig, B. Nr. 164 312, aus Pajewall, und der Klobler F. Sogt, B. Nr. 96 561, aus Brandenburg, werden ersucht, ihre Adresse telegraphisch oder schriftlich an Eduard Heumann, Finkenwalde, Markt 20, gelangen zu lassen. Frankenthal. Mit dem 1. Juli werden die Beiträge einbezogen und bitten wir, die etwaigen Rückstände bis dahin zu begleichen. — Am Sonntag, 30. Juni, Ausflug nach Dürrenheim. Heidelberg. Am 1. Feiertag Ausflug nach Hirschhorn. Abfahrt früh 6,40 von Hauptbahnhof bis Neckarbrunn.

Hameln. Am 20. Juni Gewerkschaftsfest. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert. Landsküt. Die Beitragszahlung am 6. Juni fällt aus. Dafür Sonntag, 13. Juni, Vormittags 10 Uhr im „Frühlingsgarten“. — Adresse des Bevollmächtigten: Bruno Pasig, Hohe Grot 7. Leipzig. (Klempner.) Verkehrslokal und Herberge befindet sich im „Koburger Hof“, Windmühlstr. 11. Arbeitsnachweis und Reisegebührenzahlung Wochentags von halb 9 bis halb 10 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr Mittags. — Jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Zahlabend. Linden. (Sektion der Feilenhauer.) Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer und Schleifer befindet sich in Hannover, Köpferstr. Umschauen verboten. Reisegeheim von 75 A wird da ausbezahlt. Nürnberg. (Allgemeine Zahlstelle.) Die Adresse des Bevollmächtigten ist: W. Huber, Fenigerplatz 1.11. Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Der Arbeitsnachweis befindet sich im „König von England“, Breite Gasse. Werktagen von 7—8 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags. Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Am 2. Pfingstfeiertag Ausflug über Erlangen, Marloffstein und Arzberg. Abfahrt vom Zentralbahnhof mit Vorortszug früh 6,30 bis Erlangen.

Gestorben.

Am 18. Mai der Schlosser Wilhelm Mainz in Magdeburg-Wilhelmstadt, geb. zu Alleben am 10. Febr. 1875, an der Proletarierkrankheit. — In Kollat am 27. Mai der Former Friedrich Keller an Augenentzündung, 21 Jahre alt.

Freie Vereine.

Döbeln i. S. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 12. Juni, auf der „Mühlenterrasse“. Werkstättenverhältnisse. Vortrag. — Sonntag, 20. Juni, Partie nach „Hof“ bei Stauchitz. Abfahrt 1/10 Uhr Vorm. vom Bahnhof Döbeln.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Frankfurt a. O. Freitag, 25. Juni, Abds. 8 Uhr, Versammlung im „Vorwärts“. Wahl der Ortsverwaltung. Klassenbericht.

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. W. werden ersucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Tüchtige Feilenhauer auf mittel Bastardfeilen suchen auf Dauer

J. Wildschütz & Co., Düsseldorf = Oberbill, Höhenstraße 22.

Ein tüchtiger Feilenhauer für sofort gesucht. Afford oder Lohnarbeit, dauernde Stellung.

Frau Wwe. J. Trevels, Niederziele b. Dürrenheim, Rhlnld.

Ein Feilenhauer, guter Arbeiter, findet sofort gute Stellung.

A. Köhler, Siegburg, Rhlnld.

Ein tüchtiger Feilenhauer, der auf alle Arbeiten fortkommt, findet dauernde Beschäftigung bei gutem Affordlohn.

Fr. Meißmann, W. = Sudenburg.

Tüchtige Feilenhauer finden dauernde und lohnende Beschäftigung

Hüttgartner Feilenfabrik, Champignystraße 5.

Eine gutgehende Feilenhauerwerkstatt mit Schleiferei und Hausgrundstück ist billig zu verkaufen, auch ist Alles einzeln zu haben. Offerte unter Nr. 500 an die Exp.

Achtung! Friedrich Gerlach, Dreher, geb. 17. März 1865, und Rudolph Gerlach, Dreher, geb. 24. Febr. 1877 in Halberstadt. Um Eure Adresse bittet Euer Bruder August Gerlach, Halberstadt, Judenstr. 2.

Achtzehn tüchtige, selbständige Ornamentenschnitzler

werden für sofort gesucht und finden je nach Leistung dauernde Beschäftigung b. hohem Lohne.

Lorenz, Sporer, Ornamentenfabrik, München, Maximstraße.

Zwei tüchtige Feilenhauer auf dauernde Arbeit bei gutem Lohn sofort gesucht.

Georg Meißner, Feilenhauermeister, Großenhain.

Ein junger, tüchtiger Feilenhauer findet dauernde Beschäftigung bei

A. Wulfer's Wwe., Sieb- und Drahtwaarengeschäft, Traunstein.

Zuverlässiger Härtmeister sowie tüchtige Feilenhauer für dauernd such!

H. Wulfer, Feilenfabrik, Darmstadt.

Im Erscheinen begriffen ist: Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring. Erscheint in wöchentl. Lieferungen à 20 Bg.